

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 3

67. Jahrgang

Berlin, den 28. September 1929

Nummer 78

Gewerbepolitische Marginalien

I. Gesamtwirtschaft und Buchdruckgewerbe

Der Deutsche Buchdrucker-Verein, der gewerbe- und tarifpolitische Gegenspieler der deutschen Buchdruckerarbeiterschaft, feierte vom 7. bis 9. September dieses Jahres im Rahmen einer Jubiläumstagung in Mainz sein 60jähriges Bestehen. „Es war“, wie die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 73 darüber berichtet, „eine Veranstaltung, die der Größe und der Bedeutung und der Tradition der ältesten deutschen Arbeitgeberorganisation Rechnung trug.“ Wer dabei war, wird hoffentlich nur angenehme Erinnerungen an diese Veranstaltungen des DVB. in Mainz in seine Heimat gebracht haben. Gleich günstige Erwartungen an die Ergebnisse der Beratungen zeitgemäßer gewerbe- und tarifpolitischer Fragen zu knüpfen, könnte jedoch nach den bis jetzt öffentlich bekannt gewordenen Berichten über diese Tagung sehr riskant sein. Nach dieser Richtung dürfte die Bewertung der Tagung durch das Prinzipalsorgan nach unserer Ansicht nur bezüglich der Tradition einigermaßen Berechtigung haben. Denn fast alle Fragen, die mehr oder weniger auch die Interessen der Arbeiterschaft berühren, wurden in sinnemäßig gleicher Weise wie auf der vor 60 Jahren ebenfalls in Mainz abgehaltenen Gründungsversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins behandelt, und zwar in Abwehrtendenz. In welcher Weise und mit welchem Erfolg diese Tradition in der Vergangenheit hochgehalten wurde, haben wir schon in dem Aufsatz zum 60jährigen Bestehen des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Nr. 65 des „Korr.“ nachgewiesen. Wir brauchen also auf längst Vergangenes nicht mehr einzugehen. Viel zweckmäßiger erscheint es uns, die auf der diesjährigen Hauptversammlung des DVB. laut gewordenen Wünsche und Hoffnungen bezüglich der zukünftigen gewerbe- und tarifpolitischen Entwicklung etwas näher ins Auge zu fassen.

Am von außen her auf den Kern des Themas zu kommen, beginnen wir zunächst mit einer Stellungnahme zu den „Wirtschaftsfragen des Buchdruckgewerbes im Rahmen der Gesamtwirtschaft“, die in einem Vortrag von Professor Dr. Götz-Briefs (Berlin) am 8. September d. J. auf der Jubiläumstagung des DVB. in Mainz beleuchtet wurden. Nach dem Bericht der „Zeitschrift“ hat der Referent, wenn wir von seiner Beurteilung der Vergangenheit absehen, für die Gegenwart und Zukunft in der Hauptsache folgende Gedanken entwickelt: „Unser organisatorisches Zeitalter hat den wirtschaftlichen Kampf von Mann zu Mann ersetzt durch die Auseinandersetzung großer wirtschaftlicher und sozialer Verbände.“ Was wohl beweisen dürfte, daß der wirtschaftliche Kampf infolge der Entwicklung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform auch organisierte Formen annehmen mußte, weil durch die Zulipung der Abhängigkeitsverhältnisse die Kräfte einzelner Personen nicht mehr stark genug sind, um sich gegenüber dem Druck dieser Wirtschaftsform vor Schaden bewahren zu können. Das gilt auch für den Deutschen Buchdrucker-Verein. Gegen welche „Widersacher“ außer der Arbeiterschaft sich der DVB. noch zu wehren hat, wird im weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzung noch deutlich genug werden; für hier möge vorerst genügen, daß es fast die ganze übrige Gesellschaft und Wirtschaft und dazu noch große Teile ihrer eignen Kollegenschaft sind, gegen die sich unsere Prinzipale in ihrem Existenzkampf zu wehren haben. Als Trost und Anerkennung zugleich mag dienen, daß der Referent dazu beschwichtigend sagte: „Gerade die starke Mischung der verschiedensten Betriebsgrößen im Buchdruckgewerbe läßt es als sehr wenig wahrscheinlich erscheinen, daß das Heil in einer berufsständischen

Entformung für die Zukunft liege. Den Drang nach dem Alleinsehen und der entfesselten Konkurrenz im Gewerbe könnten nur solche Stärksten als ihr Heil ansehen, die eine wirtschaftlich zurückgebliebene Partnerschaft los werden wollten; so aber liegen die Dinge im Druckgewerbe nicht.“ Das sind zwar ganz schöne Komplimente, aber wir glauben nicht, daß sie der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Konkurrenzgebiete entsprechen werden, sofern die Entwicklung im gleichen Geiste wie bisher vor sich gehen wird. Denn es ist die logische Konsequenz des privatkapitalistischen Gewinnstrebens, daß z. B. gerade die den „Stärkeren“ mögliche größere Ausnützung der technischen Fortschritte den schwächeren Unternehmern immer gefährlicher wird. Die Stärkeren brauchen also ihre gewerbliche Partnerschaft gar nicht a b j i t t i c h los werden zu wollen; das ergibt sich eben so nach und nach von selbst. Professor Dr. Götz-Briefs beweist dies unbewußt, indem er an Hand statistischer Ergebnisse feststellte, daß sich die Zahl der zwei kleinsten Betriebstypen (bis zu 2 und mit 3 bis 5 Personen) im Buchdruckgewerbe in den letzten Jahren nur gering, die Zahl der Mittelbetriebe überhaupt nicht, dagegen die Zahl der Großbetriebe sehr wesentlich vermehrt hat. Heute sind 49,2 Proz. aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen in den Betrieben mit über 100 Personen tätig, vor 20 Jahren waren es erst 40,8 Proz. Gewiß ist die Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb im Buchdruckgewerbe eine sehr langsame, aber sie ist vorhanden und es muß mit ihrem stärker werdenden Druck auf die Konkurrenzverhältnisse auch in Zukunft gerechnet werden. Der wissenschaftliche Referent des DVB. konnte daher, auch diesen Teil seiner Untersuchungen nur mit der Hoffnung schließen, daß die kleinere und mittlere Betriebstypen im Buchdruckgewerbe ihre Existenzfähigkeit durch Spezialisierung und lokale Erfordernisse w a h r s c h e i n l i c h behalten werde. Das ist vorsichtig und objektiv ausgedrückt, kann aber doch nicht verbergen, daß auch im Buchdruckgewerbe trotz seiner eigenartigen Struktur die Großen marschieren und die Kleinen immer kürzer treten müssen. Die weiteren Darlegungen des Herrn Professors über die Tendenzen in der heutigen Wirtschaft dienten dem Nachweis einer sehr starken Abhängigkeit auch der Unternehmer im Buchdruckgewerbe von dem „Kapital“ oder der sogenannten Finanzwelt. Er sprach von einer gewissen Unterkapitalisation, deren Ursachen er jedoch nicht, wie es richtiger wäre, in einer relativ viel zu starken, den tatsächlichen Bedarf weit überschreitenden Festlegung von Betriebsergebnissen in fixe Betriebstapitalteile (Produktionsmittel und dergleichen) erblickte, sondern teils in einer zu scharfen Besteuerung und der Konkurrenz der „öffentlichen Hand“. Bezüglich der letzteren forderte er neben erheblicher Einschränkung insbesondere finanzielle Vervollständigung und Kontrolle ihrer Preis- und Rentabilitätspolitik. Wir sind der Ansicht, daß die Betriebe der öffentlichen Hand solche Forderungen viel weniger zu fürchten haben als die Privatwirtschaft. Solange das private Unternehmertum jedoch an der bisherigen Verschleierung der wichtigsten Produktions- und Ertragsverhältnisse der Privatbetriebe festhält, hat dieses kein Recht, von öffentlichen Betrieben das Gegenteil zu verlangen. In der Lohnpolitik bedauerte der Referent, daß diese sich der Startheit der Preisurteile anpasse und sowohl Löhne wie Preise ihre frühere Konjunkturempfindlichkeit verloren hätten. Infolge seines mehr arbeitsintensiven Charakters leide das Buchdruckgewerbe unter einer von der Konjunktur losgelösten Lohnpolitik ganz besonders. Kapitalärmerer Betriebe, wozu in der Hauptsache mittlere Betriebe zu zählen seien, leiden darunter am stärksten, während der ra-

tionalisierte Großbetrieb dadurch neuen Antrieb und Förderung erfahre. Eine von der „Konjunktur losgelöste Lohnpolitik im Buchdruckgewerbe“ scheint also diesem Mann der Wissenschaft besonderes Kopfzerbrechen zu machen. Der Herr Professor dürfte jedoch in dieser Beziehung nicht ganz im Bilde sein. Denn wenn die Lohnpolitik in unserm Gewerbe ganz unabhängig von der gewerblichen Konjunktur sein könnte, dann wäre z. B. der heutige Tariflohn sicher viel höher als er in Wirklichkeit ist. Die Kraft der Organisationen auf Arbeiterseite würde sicher dazu ausreichen, wenn sie nicht im wohlverstandenen eignen Interesse bei ihren Forderungen auf gewerbliche Konjunkturverhältnisse weitgehende Rücksicht nehmen müßte. Wenn aber der Herr Professor Dr. Götz-Briefs der Meinung sein sollte, daß es im Interesse der Unternehmer läge, wenn die tarifliche Vertragspflicht zwecks besserer Konjunkturauswertung in der Lohnfrage entweder ganz oder zeitweise aufgehoben würde, dann möchten wir seinen Zuhörern nicht verhehlen, daß die Gehilfenschaft eine solche Bewegungsfreiheit nicht im geringsten zu fürchten braucht. Sie würde auch bei einer mit der Konjunktur noch enger verbundenen Lohnpolitik sicher sich zu erhalten wissen, was sie hat usw. Und es wäre voraussichtlich nicht ausgeschlossen, daß manche allzu starke Konjunkturpolitiker auf Unternehmerseite und davon hauptsächlich solche, die den Buchdruckergehilfen gar zu gern nur zum Gelegenheitsarbeiter degradieren möchten, sehr schnell den heutigen Zustand der Dinge wieder herbeiführen würden. Die Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe wird jedenfalls auch mit solchen Tendenzen fertig werden.

Wären schon die bisher gestreiften wirtschaftswissenschaftlichen Darlegungen über das Buchdruckgewerbe im Rahmen der Gesamtwirtschaft nicht gerade geeignet, die Wirtschaftspolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins besonders zu stützen, so trifft dies noch weniger auf die vom gleichen Referenten vertretene Auffassung in der Frage der Hausdruckerien zu. Deren Entstehung und Entwicklung führt er einestheils auf die Neigung stark kongentrierter Unternehmungen oder Organisationen, sich auch auf dem Gebiete ihres Drucksaßenbedarfs selbst zu helfen, zurück, teils auf Selbsthilfebestrebungen kapitalschwacher Unternehmungen, Körperschaften und Private. Auf diesem Wege sollen dem Gewerbe nur durch öffentliche Druckerien jährlich Druckaufträge mit einem Werte von 60 bis 65 Millionen verloren gehen und die Zahl der Hausdruckerien soll 3000 betragen. Das letztere ist ein großer Irrtum. Nach einer von unserm Verband im Jahre 1927 ausgenommenen Erhebung in allen Verbandsstaaten wurden insgesamt nur 601 Hausdruckerien (Behörden, Gefängnisse, Klöster und Industrie) ermittelt, in denen damals rund 2200 Gehilfen beschäftigt waren. Wir sind bezüglich der Hausdruckerien der Ansicht, daß deren Gründung und Bestehen in den meisten Fällen, besonders bei größeren Industrierwerken und Behörden, auf eine verkehrte Preispolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins zurückzuführen ist. Professor Dr. Götz-Briefs kommt zur gleichen Schlußfolgerung, indem er von Grenzen der gewerbewirtschaftlichen Solidarität spricht, die durchbrochen werden, weil auf der Nichtbeachtung der Preisnorm eine tatsächliche oder fiktive Prämie zu stehen scheint. Das ist zwar reichlich unklar ausgedrückt, wird aber dadurch etwas deutlicher, daß der Referent die Frage aufwirft, ob die Tarif- und Nichtpreisformeln hier nicht eine Verfeinerung erfahren könnten?

Recht unbequem scheinen dem Herrn Professor Götz-Briefs die auf unserm Verbandstag in Frankfurt a. M. von Herrn Professor Dr. Kölling gemachten Ausführungen über die staats- und wirtschaftspolitische

Entwicklung gewesen zu sein. Am wenigsten paßt ihm der Hinweis des Letzteren, daß die Arbeiter die Mehrzahl der Bevölkerung darstellen und der Mehrheitswille nicht nur im Staate, sondern auch in der Wirtschaft maßgebend werden müsse. Professor Götz-Briefs glaubt als Beweis gegen diese Notwendigkeit gerade das Buchdruckgewerbe anführen zu dürfen, weil in diesem keine so großen Eigentumskonzentrationen auf wenige Personen vorhanden seien wie in andern Industriezweigen. Wir gestehen offen, daß wir aus diesem letzten Teil des Referats von Professor Götz-Briefs nur erkennen konnten, daß er noch nicht erkannt hat, daß es sich in dem heutigen Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft um etwas ganz anderes handelt, als um die Erhaltung und Abschaffung des Privateigentums. Die Arbeiterschaft will vorerst gar keine restlose Beseitigung des Privateigentums, sondern nur die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, zu deren Bewertung die Arbeitskraft anderer Menschen erforderlich ist, ohne daß diesen ein gleichwertiges Mitbestimmungsrecht bezüglich der Bewertung ihrer Arbeitsergebnisse zugefanden würde. Nach den heutigen Erkenntnissen der Arbeiterschaft sind alle Produktionsmittel Früchte aus den Erträgen der menschlichen Arbeitskraft. Die vom Unternehmertum geforderte Kapitalbildung durch Herabsetzung der Löhne oder Verzicht auf weitere Lohnenerhöhung oder sonstige Erschwerungen der Arbeitsverhältnisse usw. ist der beste Beweis dafür, daß sich der Eigentumsbegriff bezüglich der Produktionsmittel nur auf Werte erstreckt, die im Arbeitsprozeß in der Hauptache auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft geschaffen und erhalten werden. Rechtlich gehören zwar heute noch die Produktionsmittel ihren nominellen Inhabern oder „Besitzern“, zum größten Teil sind sie aber Früchte der Arbeit anderer Leute. Und daß letztere in ihrer Gesamtheit z. B. im Buchdruckgewerbe das Dreifache der Kopialzahl der Besitzer der Produktionsmittel ausmachen, die letzteren also im Durchschnitt je dreißig Paar fleißige Hände brauchen, um ihre im Überfluß aufgehäuften Produktionsmittel Tag und Nacht zu verwerten zu können, beweist nicht minder, daß sich die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung dem Scheidewege nähert, an dem die Masse der Produktionsmittel Erzeugenden und Bedienenden ein gemeinschaftliches Mitbestimmungs- oder Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln und deren Erträgen erhalten muß. In welcher Form, ob dies auf kommunaler, staatlicher, berufsgemeinschaftlicher, gewerkschaftlicher oder einer andern Basis durchgeführt oder anerkannt wird, das ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, die sich aus der weiteren Entwicklung der Dinge lösen lassen wird und muß. Es hat keinen großen Wert, sich über das Tempo oder Einzelheiten einer solchen Umgestaltung her auch im Buchdruckgewerbe immer unhaltbarer gewordenen Wirtschaftsordnung hier näher zu verbreiten. Sie ist nicht nur eine Frage materieller Art, sondern in gleicher oder noch stärkerer Weise eine solche bestimmter Willenskräfte innerhalb des Unternehmertums und der Arbeiterschaft. Professor Götz-Briefs scheint eine gewisse Abnung von diesen Triebkräften der Wirtschaftsentwicklung nicht verleugnen zu können. Im Hinblick „auf die Breite der antunternehmerischen Bewegung in Deutschland“ warf er die Frage auf, „ob wir nicht gerade daran leiden, daß der deutsche Unternehmer eine wichtige Unternehmeraufgabe zu kurz gesehen hat, nämlich die nach der sozialen Seite, nach der Seite der Menschenführung im Betrieb?“ Zwar glaubt der Herr Professor diese Kurzsichtigkeit durch eine Verstärkung des persönlichen Unternehmerpatrias zu heilen zu können, ohne zu erkennen, daß gerade der von ihm beklagte Defekt nach der sozialen Seite hin eine unvermeidliche Folge der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ist, die eben durch ihren Charakter die Gegenkräfte selbst zum Leben erweckt und immer fähiger in Erscheinung und Wirkung treten läßt. Dieses Maßstum der Gegenkräfte, die sich den Herrschaftsgelüsten des Unternehmertums von der Seite der Arbeiterschaft entgegenstellen, hat keineswegs verhindert, daß die deutsche Wirtschaft trotz der ungeheuren Not der Kriegsjahre und Nachkriegsjahre und trotz der dem deutschen Volke als Folge unerfährlicher Herrschaft und Profitgier seiner früheren politischen und wirtschaftlichen „Führer“ von Gottes und Goldes Gnaden auferlegten ungeheuren Kriegslasten größer und stärker geworden ist. Auch das deutsche Buchdruckgewerbe ist trotz aller gegenteiligen Behauptungen auf Unternehmenseite an diesem Aufstiege beteiligt. Und so wenig wie bisher die Forderungen der Arbeiterschaft und deren teilweise Erfüllung die gesamte deutsche

Wirtschaft noch jene des Buchdruckgewerbes geschädigt haben, so wenig wird dies auch in Zukunft geschehen. Dabei braucht gar nicht bestritten zu werden, daß für die Fortführung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform wie bisher immer größere Schwierigkeiten entstehen; auch für das Buchdruckgewerbe. Diese Schwierigkeiten ergeben sich aber nicht nur aus Kreditknappheit, Überinsung, Überbesteuerung usw., sondern weit mehr aus inneren wirtschaftlichen und sozialen Mängeln des kapitalistischen Systems selbst. Daß die sozialen Mängel dieses Systems weit größer sind als die wirtschaftlichen, das ergibt sich mit noch viel schärferer Deutlichkeit aus der Prüfung und Beurteilung der Verhältnisse; wie sie durch den Generaldirektor des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Mainz in einem weiteren Vortrag über „Die sozialpolitische Lage, besonders im Buchdruckgewerbe“, zum Ausdruck kam. Dazu soll in einem zweiten Artikel Stellung genommen werden.

Unternehmerparade in Düsseldorf

Die Straßen um das Apollotheater in Düsseldorf waren vollständig verstopft von Autos; die Straßenbahn mußte halten und konnte nur schrittweise vorwärts; viel Wolf lief zusammen, und erstaunt fragte der ahnungslose Bürger der Radfahrerstadt: was ist denn hier eigentlich los? Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte seine Mitgliederversammlung nach dem Herzen des industriellen Westens berufen. Wie immer war auch diese eine Massenversammlung von mehr als 2000 Teilnehmern. Vielleicht war Düsseldorf nicht ohne Grund als Tagungsort gewählt worden. Hier, in der Stadt der Eisen- und Stahlindustrie, wo die Hochhäuser der Riesenunternehmungen trübig gen Himmel ragen, sieht die ältere Schwester und dem Namen nach die jetzige Bezirksvertretung des Reichsverbandes: der Langnamverein. In diesem geben die Hoffen und Reue den Ton an. Letzterer ermunterte in seiner Begrüßungsrede die Referenten und Berichterstatter, die Dinge zu schlichten, wie sie sind, d. h. wohl recht scharf die Forderungen des Unternehmertums herauszuarbeiten. Man hatte als Teilnehmer so das Gefühl, daß der Reichsverband mit der Bewegung seiner Tagung nach dem Westen etwas veröhnend auf die Gemüter einwirken wollte. Ob das auf die radikalen Scharfmacher, die in vielen Dingen ganz andere Wege gehen als der Spitzenverband, Einbruch gemacht hat, wagen wir zu bezweifeln.

Auch in diesem Jahre waren Behördenvertreter und Ehrengäste in großer Zahl erschienen. Deren erlauchte Namen füllten allein 14 Seiten des Teilnehmerverzeichnis. Weit über 100 Vertreter der großen Presse waren gekommen, um die Verhandlungen ins Scheinwerferlicht der breiten Öffentlichkeit zu rücken. Ganz zu schweigen von den tausenden Industriellen, die den großen Theaterraum füllten. So konzentriert findet man wirtschaftliche Macht niemals vereinigt, als wenn dieser „völlig geschlossene Block der deutschen Industrie“, wie Dr. Duisberg den Reichsverband nannte, beisammen ist. Doch fiel es auf, daß weder ein Reichsminister noch ein Staatsminister anwesend war. In ihrem Namen begrüßte Staatssekretär Trendelenburg die Versammlung.

Die Tagesordnung des Kongresses bestand in wohlabgewogenen Referaten über die Probleme der deutschen Wirtschaft und ihrem Verhältnis zu der Weltwirtschaft und dem inländischen und ausländischen Kapitalmarkt. Der Reichsverband wick diesmal der Erörterung der Reparationsfrage aus. Ob mit Rücksicht auf die Umgebung und die Gastgeber oder aus anderen Gründen steht dahin. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung soll dies nachholen. Staatssekretär Trendelenburg hatte ganz recht, wenn er in seiner Begrüßungsansprache ausführte, daß noch niemals so schwere Entscheidungen mit Rücksichtungen auf die Wirtschaft zu treffen waren als im kommenden Herbst und Winter. Da wird es sich um den Kampf um die Lastenverteilung handeln, der zwischen den beiden Faktoren Kapital und Arbeit auszufechten ist.

Es kann sich naturgemäß für uns nicht darum handeln, auf die Fülle von Material einzugehen, die in den sorgsam ausgearbeiteten Referaten der Versammlung vorgelegt wurde. Unsere Aufgabe ist es, das Wesentlichste herauszugreifen. Es liegt in der Bedeutung der Sache, daß fast kein Redner veräußerte, die Frage Unternehmertum und Arbeiterschaft in den Kreis der Erörterungen zu ziehen. Da die Gewerkschaften von den Leuten des Reichsverbandes als die erste Interessensvertretung der Hand- und Kopfarbeiter anerkannt werden, so spielten die naturgemäß eine große Rolle. Das ist für uns Gewerkschaftler eine Vergnügung. Von allgemeiner Bedeutung dürfte es sein, daß der Vorsitzende der Versammlung und erster Mann des Reichsverbandes, Geheimrat Duisberg, ein Bekenntnis zum heutigen Staat ablegte. Aus den Mienen der Industriemänner konnte man es ablesen, daß nicht alle dieser Meinung sind. Und wenn man den heutigen Staatswesen günstig gefunden ist, dann ist nicht zu verstehen, daß weder außerhalb noch innerhalb des Tagungsortes die Reichsfarben zu sehen waren. Das wäre eine vorzügliche Gelegenheit gewesen, nach außen zu zeigen, daß es sich nicht um ein Lippenbekenntnis handelte. Weiter ist es noch von Interesse, daß das organisatorische Sperrjahr um ein Jahr verlängert ist, d. h. keine Neugründungen von Organisationen vorgenommen werden sollen. Allerdings gibt dieser Be-

schluß mit gewissen Einschränkungen. Na, wir haben auch so Verbandsgebilde genug!

Duisberg gedachte der entschlafenen Zentralarbeitsgemeinschaft und teilte mit, daß die Industrie nach wie vor dem „Geist der Veröhnlichkeit und des Ausgleichs“ und zur Gemeinschaftsarbeit bereit sei. Die Herren werden bei den bevorstehenden Kämpfen zu zeigen haben, inwieweit der Geist der Veröhnlichkeit ihr sonstiges Handeln beeinflusst. Natürlich ging der Vorsitzende auf die staatliche Wirtschaftspolitik ein, wobei er den allgemeinen Unternehmerstandpunkt vertrat. Das Referat Duisbergs klang in die Worte aus: „Einigkeit und abermals Einigkeit innen und außen muß und soll die Parole sein!“ Soll sich dies auf das ganze Volk beziehen, dann muß man uns schon gestatten, solche und ähnliche Äußerungen als Phrase zu bezeichnen. Es sei denn, wir könnten von dieser Seite einmal bessere Taten sehen.

Sowohl Duisbergs Vortrag als auch die Reden der Herren Ralle und Weber waren aber zum Teil gegen den Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft gerichtet. Die positive Einstellung der Gewerkschaften zum Staat und zur heutigen Wirtschaft, und die tätige Mitarbeit, dieses System durch Einschränkung und unablässige Tätigkeit auf allen Gebieten umzuwandeln, gefällte den Vertreter der Unternehmer durchaus nicht. Und deshalb die Gegenwehr mit dem Ziele, diesen Einfluß zu beseitigen. Da hat es den Herren besonders das Programm angetan, das von den Gewerkschaften unter dem Begriff Wirtschaftsdemokratie aufgestellt wurde. Dieses Wort scheint selbst den höchsten Spitzen der Unternehmerpramdie derartig in die Glieder gefahren zu sein, daß sie einen erheblichen Teil ihrer Tagung dazu verwandten, diesem Drachen zu Leibe zu gehen. Duisberg glaubte einen besonderen Trumpf auszuspielen, indem er auf die Arbeiterband und die Konsumgenossenschaften verwies, die ebenfalls nach kapitalistischer Methode geleitet würden. Dieser Einfall hat so gut gefallen, daß er von den Herren Weber und Fromme ebenfalls als Beweiskraft herangezogen wurde. Dr. Weber schien sich besonders berufen zu fühlen, gegen das Schredgespenst Wirtschaftsdemokratie anzureden. Er suchte die Versammlung mit einigen Zitaten aus dem Buche von Naphthali graulich zu machen. Namentlich mit der Feststellung, daß der Weg zum Sozialismus über die Demokratisierung der Wirtschaft führt. So war also der Kampf gegen die Wirtschaftsdemokratie das eigentliche Thema der Düsseldorfer Verhandlungen. Doch daneben konnte Dr. Weber nicht umhin, anzuerkennen, daß die Gewerkschaften notwendig waren und notwendig sind und viel Gutes geschaffen haben. Nun gut — nehmen wir dies zur Kenntnis. Immerhin gibt es aber noch viele Unternehmer, die den Gewerkschaften jede Existenzberechtigung absprechen. Doch daran können wir uns nicht stören.

Schwere Entscheidungen stehen bevor. Die Düsseldorfer Unternehmertagung kann man als Auftakt zu kommenden Auseinandersetzungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft bezeichnen. Hier war der größte Machtfaktor der Gegenseite versammelt. Er und die andern werden bei dem Kampf um die Lastenverteilung, um die Staatsmacht usw. eingesetzt werden. Darauf gilt es sich einzustellen.

Die Konzentrationsbewegung in der deutschen Wirtschaft

Schon vor mehr als 60 Jahren hat Karl Marx die These aufgestellt, daß die Kapitalkonzentration, die „Entwicklung der kooperativen Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter“, als eine durch das „Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion“ sich zwangsläufig vollziehende Entwicklung anzusehen sei. Tatsächlich beobachtet man seit etwa 25 Jahren in Deutschland eine Konzentrationsbewegung, die sich in den mannigfaltigsten Formen und in einem oft wechselläufigen Tempo vollzieht und die besonders durch den Krieg und die Inflation stark gefördert wurde. Aber erst durch die Deflations- und Rationalisierungskrise der letzten Jahre wurde in Deutschland das Stadium erreicht, das bisher nur für die amerikanische Industrieorganisation charakteristisch war: die wirtschaftliche und rechtliche Fusionierung einzelner Unternehmungen und die völlige Verstrickung ganzer Industriezweige. Die gegenwärtige Phase der Kapitalkonzentration ist noch im besondern gekennzeichnet durch die grundsätzliche Wandlung, die sich in ideologischer Hinsicht in der Privatwirtschaft vollzogen hat. Die alte Theorie des liberalen Kapitalismus, die die Persönlichkeit und das individualistische Denken und Handeln als treibende Kraft und Voraussetzung für jede Höherentwicklung in den Vorbergrund stellte, ist durch die heutige wirtschaftliche Zusammenfassungsbewegung des Unternehmertums ad absurdum geführt. Am deutlichsten tritt der Wandel der Dinge in Erscheinung, wenn man sich etwa vergegenwärtigt, welchen Sturm die im Jahre 1907 in der Eisen- und Montanindustrie einsetzende Konzentration auslöste. Vergleicht man aber die für die damalige Zeit epochenmachenden Vorgänge mit dem Ausmaß, das heute in der Eisen schaffenden Industrie der Ruhrkrust oder in der chemischen Industrie der Farbzentral angenommen hat, dann erkennt man deutlich den Abstand der Zeit und der Anschauungen. Die heute vorwiegend kollektivistisch eingestellte Privatwirtschaft sieht in der nationalen und internationalen Konzern-, Trust- und Kartellbewegung eine notwendige Entwicklungstendenz.

Die Motive der Kapitalkonzentration sind — wenn man machtpolitische Tendenzen als etwas Gegebenes nimmt — nicht immer dieselben gewesen. Am die Jahrhundertwende war der Einfluß der Hochfinanz und die Wirkung der neu geschaffenen Kartelle mitbestimmend für den konzerntmäßigen Zusammenfluß. In der Inflation war ausschlaggebend die Sorge um die fruchtbringende Ausnutzung der Kriegsgewinne, vage Sachwertpfehlung und natürlich auch wiederum Herrschergefühle. Heute wissen wir aber, daß wir uns damals getäuscht haben in der Annahme, den Höhepunkt der Kapitalkonzentration erreicht zu haben. Wir haben uns in den Zeiten finanzieller, währungsrechtlicher und spekulativer Verwirrung und Verwirrung im Besonderen in der Beurteilung der Vorgänge getäuscht, die sich an den Namen Stinnes knüpfen. Wir glaubten die Akkumulation des Kapitals als produktionspolitisches Motiv zu erleben, in Wirklichkeit waren es aber nur finanztechnische Operationen der „Wirtschaftsführer“ zur Sicherung der Profite auf Goldbasis, vulgär ausgedrückt: Sachwerthamsterrei. Wir vermeinten die letzte Phase der Betriebskonzentration zu beobachten, aber es war weiter nichts als eine planlose Anschaffung von Aktienbündeln.

Kurze Zeit, nachdem der Inflationstau ein Ende gefunden hatte, kam der Rückschlag. Die Stabilität der Währung stellte die seit Jahren zerstörte Rentabilitätskontrolle der Unternehmungen wieder her. Sie entfüllte den Widerspruch zwischen Leistungsfähigkeit und Absatz, Gewinnanspruch und Gewinnmöglichkeit. Die damit einsetzende Kapital- und Kreditkrise legte viel Morsches hinweg und führte manchen tönernen Kolof. Die tiefgreifenden Verschiebungen erzwangen in der Folge eine Strukturveränderung der Wirtschaftorganisation; die Kapitalkonzentration nahm gewissermaßen wieder — privatkapitalistisch betrachtet — „normale“ Formen an. Aus dem Umstand, daß die bisherigen Formen und Methoden der Konzentration weder eine Rationalisierung der Produktion noch eine Verminderung der Gestehungs- und Verwertungskosten, ja, in vielen Fällen nicht einmal die Ausschaltung der Konkurrenz innerhalb der Konzerne bewirken konnten, ergab sich die Notwendigkeit eines Systemwechsels. Dieser Wechsel kommt in den gegenwärtig sich vollziehenden horizontalen Konzern- und Trustbildungen zum Ausdruck, das heißt in der Zusammenlegung gleichartiger Unternehmungen auf dem Wege der völligen Verschmelzung. Eine neue Welle der Kapitalkonzentration ist hereingebrochen, die alle Branchengebiete überflutet. Neben den Vertiefungsstrebungen in der Schwerindustrie und in den verschiedensten Branchengebieten der Metallindustrie sind Zusammenschlußbewegungen in der chemischen Industrie, der Textil-, Film-, Linoleum-, Kalk- und in der Papierindustrie, weiter im Dienstleistungsgewerbe, in der Warenhaus-, Lebens- und Genussmittelbranche sowie im Bank- und Versicherungswesen zu beobachten. Wir erkennen heute eine Strukturveränderung der Kapitalkonzentration, die weit mehr als die bisherigen Formen und Methoden die Akkumulation des Kapitals auf produktions-technischer Grundlage beschleunigt.

Den gegenwärtigen Stand der Kapitalkonzentration in der deutschen Wirtschaft versucht eine vom Statistischen Reichsamt veranlagte Erhebung über die Höhe des in Konzernen und konzernähnlichen Organisationen (Interessengemeinschaften) erfassten Aktienkapitals aufzulegen (vgl. „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 3, 1928). Der tatsächliche Umfang der Konzentration ist aber in Wirklichkeit viel größer, als dies in der Statistik zum Ausdruck kommt, die sowohl das Einheitsunternehmen (Trust) als auch alle nicht in Aktienform betriebenen Konzerngesellschaften unberücksichtigt läßt. Trotz der in der Statistik vorhandenen Mängel verdient aber die Feststellung Beachtung, daß sich über 63 Proz. des Kapitals sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften in den Händen von Konzernen befinden.

In Deutschland waren zu Beginn des vorigen Jahres 12 008 Aktiengesellschaften vorhanden. Von Gesamtkapital dieser Gesellschaften im Betrage von 18,1 Milliarden Mark entfielen 11,5 Milliarden, gleich 63,2 Proz., auf Konzerne und Interessengemeinschaften. Im Kalkbergbau entfällt das gesamte Aktienkapital auf Konzerngesellschaften; es folgen dann die mit dem Bergbau verbundenen Unternehmungen (97,7 Proz.), Braunkohlenbergbau (95,6 Proz.), Steinkohlenbergbau (90,5 Proz.), die mit der Eisen- und Metallgewinnung verbundenen Werke (88,5 Proz.), elektrotechnische Industrie (84,4 Proz.), Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung (83,6 Proz.), See- und Küstenschifffahrt (83,4 Proz.), Eisen- und Metallgewinnung (82,1 Proz.), Großmaschinenbau (81,8 Proz.), chemische Industrie (78,2 Proz.). Aber 50 Proz. liegen außerdem die Zahlen für Banken, Baugewerbe, Binnen- und Seeschifffahrt, Theater- und Sportgewerbe und für die Filmindustrie.

Unter den von der Statistik erfassten 41 Gewerbegruppen befinden sich 20 Gruppen, bei denen das konzerntmäßig gebundene Aktienkapital weniger als 50 Proz. des in Frage kommenden Gesamtkapitals der Gewerbegruppe beträgt. Zu dieser Kategorie zählt auch die Papierindustrie und das Dienstleistungsgewerbe. Diese beiden Gewerbegruppen umfassen zusammen 417 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital (Nominalkapital) von 370 Millionen Mark. Von den 417 Aktiengesellschaften sind 32 Unternehmungen mit einem Nominalkapital von 104 Millionen Mark, gleich 28,1 Proz., konzerntmäßig gebunden.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Franz Springer in München
Eingetretten: 28. September 1879
Jetzt Invalide

Richard Böthig in Leipzig
Eingetretten: 28. September 1879
D. Brandstifter in Leipzig



Zieht man das Dienstleistungsgewerbe aus der Gruppe „Papierindustrie und Dienstleistungsgewerbe“ heraus, so ergibt sich folgendes:

Gesamtzahl der Aktiengesellschaften im Dienstleistungsgewerbe.....	207
Nominalkapital dieser Aktiengesellschaften 103 Mill. M.	
Zahl der konzerntmäßig gebundenen Aktiengesellschaften.....	8 (?)
Nominalkapital der konzerntmäßig gebundenen Aktiengesellschaften.....	109 Mill. M. (?)

Bezieht man also das Aktienkapital der konzerntmäßig gebundenen Unternehmungen im Dienstleistungsgewerbe auf das in dieser Gruppe investierte Gesamtkapital, so ergibt sich, daß 9,7 Proz. des Gesamtkapitals auf Konzerngesellschaften entfallen. Wie bereits bemerkt, können die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, und zwar außer den bereits bemerkten Gründen schon deshalb nicht, weil bei den Erhebungen die Publizität der Unternehmungen sehr zu wünschen übrig ließ. In diesem Sinne sind auch die Fragezeichen in vorstehender Tabelle als starke Zweifel an ihrer Richtigkeit aufzufassen.

Was die Kapitalverflechtung in den Konzernen anbelangt, so entfallen vom Gesamtkapital der Konzerne etwa 8 bis 8,5 Milliarden Mark auf die führenden, 2,5 bis 3 Milliarden auf die von ihnen abhängigen Konzerngesellschaften. Letztere haben insgesamt ein Aktienkapital von 5,5 Milliarden, wovon mehr als die Hälfte konzerntgebunden ist. In Wirklichkeit ist aber die Macht der führenden Konzerngesellschaften über die von ihnen abhängigen Gesellschaften größer, als aus den an sich schon hohen Beteiligungssitzen ersichtlich ist, weil verschiedene führende Gesellschaften durch Betriebsführungsverträge auch dort oft stärksten Einfluß auf die abhängigen Gesellschaften gewonnen haben, wo ihre kapitalmäßige Beteiligung nicht ausschlaggebend ist. Die statistischen Untersuchungen ergeben, daß fast zwei Drittel der Nominalkapitalien unter der Herrschaft von Konzernen stehen. Angefaßt der Tatsache, daß in den kapitalstärksten Industriezweigen die Form der Aktiengesellschaft vorherrschend ist, wird man der Statistik über die Konzentration des Aktienkapitals größte Bedeutung beizumessen haben.

Ein besonderes Gebiet der Konzentration — wobei es sich weder um einseitige noch um gegenseitige Durchdringung finanzieller Art handelt — stellt die Kartell- und Syndikatsbewegung dar. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Kartelle fast durchweg Monopolcharakter aufweisen und daß die sich auf allen Gebieten bemerkbar machende Kartellpolitik einer gesunden Wirtschaftsentwicklung im Wege steht, denn der Zweck der Kartelle ist in erster Linie die Erhöhung der Preise bei ausfallender und deren Stabilisierung bei sinkender Konjunktur. Von geradem katastrophaler Wirkung aber können die Produktionseinschränkungen (Konzentrierung) der Kartelle sein, die sich letzten Endes auf die Lebenshaltung der Arbeitererschaft und der Konsumenten in verheerender Weise auswirken müssen.

In den letzten 40 Jahren hat die Kartellbildung einen gewaltigen Aufschwung genommen. Am stärksten machte sie sich zuerst in Amerika bemerkbar, wo ihre Auswüchse aber bald starke Gegenströmungen und staatliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung auslösten. In Deutschland setzte die Entwicklung des Kartellwesens erst in den achtziger Jahren ein, und zwar war es, wie in Amerika, die Einführung von Schutzzöllen, die sie hervorrief. Im Jahre 1893 bestanden in Deutschland bereits 127 Kartelle. Hiervon entfielen auf den Kohlenbergbau 6, die Eisenindustrie 33, auf die chemische Industrie ebenfalls 33, auf die Industrie der Steine und Erden 28, auf die Papier- und Lederindustrie 12 und auf die Textilindustrie 16. Durch den Krieg bzw. durch die Abschneidung der deutschen

Produktion vom Weltmarkt wurde die Kartellbildung in Deutschland in außerordentlichem Maße begünstigt. Auch die spätere zwangswirtschaftliche Entwicklung war der Kartellbildung förderlich, die sich in der Folge geradezu überstürzte. Inzwischen dürfte es schwer sein, die Zahl der bestehenden Kartelle festzustellen. Nach einer Statistik vom Jahre 1905 bestanden damals in Deutschland insgesamt 420 Kartelle. Heute mögen schätzungsweise in der Industrie 2500, im Großhandel 400 und im Einzelhandel 150, insgesamt also etwa 3000 Kartelle der verschiedenen Produktions- und Handelszweige vorhanden sein.

Die konzernt- und kartellmäßige Zusammenschlußbewegung sowie die Expansion der bestehenden Truste und Konzerne hat gewaltige Fortschritte erzielt. Das Netz der Konzernverbindungen und Kapitalverflechtungen und der Kreis selbständiger Unternehmungen wird zusehends enger.

Man könnte diesen Prozeß als eine naturnotwendige und gesetzmäßige Entwicklung hinhinnehmen, würden in den Zusammenballungen Organisationsformen in Erscheinung treten, die geeignet wären, der Wirtschaft neue Wege zur höheren Entwicklung in gemeinschaftlichem Sinne zu ebnen, und wenn durch die kapitalistische Konzentration eine Verbilligung der Gütererzeugung erfolgen würde. Leider aber folgen nach dem bekannten Urteil von Professor Schmaltensbach die Truste und Kartelle weder in ihren Organisationsformen und ihrem technischen Aufbau noch in ihrer Wirtschaftspolitik den Grundzügen einer halbwegs vernünftigen Ökonomie, daß die Konzentration zu einer durchgreifenden, vernünftigen und planmäßigen Produktionsgestaltung notwendig ist, wird niemand in Frage stellen. Die Tatsache aber, daß die kapitalistischen Kartelle- und Konzernverbindungen mehr von machtpolitischen als von produktionswirtschaftlichen Erwägungen geleitet werden, gebietet den verantwortlichen Organen und gesetzgebenden Körperschaften des Staates, die Augen offen zu halten und dafür zu sorgen, daß es dem organisierten Hochkapitalismus nicht gelingt, sich als Herrscher über Volk und Staat aufzuschwingen. Die Hand- und Kopsarbeiter aber müssen erkennen, daß sie als Arbeiter ihre eignen Interessen gegenüber dem organisierten Unternehmertum nur wahrnehmen können, wenn sie sich zu selbstgezügten und kampfbereiten Organisationen zusammenschließen.

Das Problem der deutschen Kapitalversorgung

Die Geschichte der industriellen Entwicklung lehrt, daß eine Wirtschaft stets dann großen Kapitalbedarf hat, wenn ihr industrieller Apparat eine Ausweitung oder eine Neuerkerung größeren Stils erfährt. Gewiß befindet sich der Wirtschaftsapparat aller Länder in einem dauernden Wachstum, aber man kennt Epochen, wo dieses in einem ganz von der Norm abweichend raschen Tempo geschah. Es sei nur an die Industrialisierung Deutschlands in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und an den gigantischen Aufstieg der amerikanischen Industrie während der letzten Jahrzehnte erinnert, des ferneren, daß das große Russenreich vor einer ähnlichen Entwicklung steht, deren großzügiger Entfaltung nur eine künstliche Schranke vorgelegt ist. Ähnliche Tempounterschiede, wie in der industriellen Entfaltung, finden wir in der Umgestaltung des Wirtschaftsapparates, die wir mit dem Worte „Nationalisierung“ bezeichnen. Daß auch diese einen dauernd, ja vielleicht sogar einen ewigwährenden Prozeß darstellt, bedarf keines weiteren Beweises, es kommt nur darauf an, die Merkmale jener Epochen zu finden, in denen sie, wie man sagt, Riesenschritte vollzieht. Das ist namentlich der Fall, wenn der vorhandene Wirtschaftsapparat an sich groß genug ist, den an seine Leistungsfähigkeit gestellten Ansprüchen zu genügen, aber dessen Ausnutzung und Wirksamkeit bis zu den höchst erreichbaren Graden entwickelt werden muß. Anlaß dazu kann sein, daß der Produktionsfaktor Mensch fehlt oder seine Inbetriebnahme zu teuer ist. Das war einer der Hauptgründe zu der gigantischen Nationalisierungsbewegung der Vereinigten Staaten, die in der Anwendung Forderscher Fabrikationsmethoden ihren Gipfel findet. Anlaß, den vorhandenen Wirtschaftsapparat durch Nationalisierungsmaßnahmen zu vollster Leistungsfähigkeit zu bringen, kann aber auch sein, wenn von seiten des Verbrauches entsprechende Ansprüche gestellt werden und zu einer Ausweitung des Apparates die richtigen Kapitalien gar nicht oder nur zu hohen Zinssätzen herbeigebacht werden können.

In dieser leicht gefährdeten Situation befindet sich zweifellos die deutsche Wirtschaft. Die Ansprüche des Konsums, so nannten wir es oben, werden gestellt einmal von einer Arbeitererschaft, die, auf starke Gewerkschaften gestützt, eine angemessene Beteiligung am Produktionsertrage fordert, zum anderen vom Ausland, das die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen verlangt. Da der industrielle Produktionsapparat, von Ausnahmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen abgesehen, noch ausreicht, um die notwendigen Gütermengen zu erzeugen, steht vornehmlich dessen Modernisierung zur Debatte. Und das dazu zu verwendende Kapital soll als Nationalisierungskapital seine Anlage finden.

Wo dieses nun hernehmen? Es bestehen die beiden großen Möglichkeiten, es im reicheren Auslande zu leisten

oder im Inlande selbst aufzubringen. Hierbei ist besonders der erste Weg sehr unstritten. Zu den ausgiebigen Debatten zu diesem Problem der Auslandsanleihe zog man die Geschäfte der Industrialisierung verschiedener Länder als Beweis dafür heran, daß wohl die Erstellung einer Industrie mit Auslandskapital nichts Neues darstelle und, wie die Erfahrung lehrt, in derartigen Fällen das kreditnehmende Land dadurch keinen Schaden, sondern Nutzen davon getragen habe, aber man weigerte sich, diese Erkenntnis auch für das sogenannte Rationalisierungs-kapital gelten zu lassen. Diese Weigerung entspringt indes ihrer logischen Begründung, da der Zweck jedesmal der gleiche ist, nämlich gesteigerte Ergiebigkeit zu erzielen.

In den Wirtschaftsgesetzen ja auch stärker als von Menschen erfundene und propagierte Theorien. Da auf dem deutschen Markt die erforderlichen Kredite nicht beschaffen werden konnten, stieg der Zinssatz, und das Auslandsgeld floß der deutschen Wirtschaft in reichlichem Maße zu. Eine künstliche Hemmung erfuhr dieser Strom nur durch einen staatlichen Eingriff, wonach die Rechte der öffentlichen Körperschaften in der Bereinigung von Krediten eine Einschränkung erfuhren. Hierbei ging allerdings der Kampf nicht mehr um das Prinzip, ob Auslandskredite notwendig seien oder nicht, sondern nur um deren Verwendung, die Herr Schacht und andere für unzumutbar hielten.

In welchem Maße Auslandsgelder der deutschen Wirtschaft zuzuführen, hängt ab vom inländischen Kapitalbedarf und von den Ausmaßen der inländischen Kapitalbildung. An den deutschen Kapitalmarkt stellte die deutsche Wirtschaft folgende Ansprüche im Vierteljahresdurchschnitt

1913/1914	781 Millionen Mark
1926	1128 Millionen Mark
1927	1103 Millionen Mark
1928	1114 Millionen Mark
1. Quartal 1929	887 Millionen Mark

Der Kapitalbedarf hat, soweit der Inlandsmarkt zu seiner Deckung herangezogen wurde, also stark nachgelassen. Das hat mehrere Gründe. Einmal hat sich das Tempo der Rationalisierung verlangsamt, zum andern aber, und das ist das entscheidende Moment, hat die sogenannte Selbstfinanzierung während der letzten Jahre so gewaltige Formen angenommen, daß im ersten Quartal dieses Jahres, wenn eine gegenüber 1913/1914 rund fünfzigprozentige Geldentwertung angenommen wird, die Beanspruchung des heimischen Kapitalmarktes viel geringer war als im letzten Vorkriegsjahre. Durch ungewöhnlich hohe Rücklagen, Abschreibungen und Anschaffungen aus laufenden Betriebsmitteln, wurden die Unternehmungen nicht nur auf Kosten der Dividenden, sondern noch mehr auf Kosten der Arbeitslöhne technisch und wirtschaftlich auf einen hohen Stand gebracht.

Auch der Zukunft aus dem Auslande hat, wie folgender Aufstellung zu entnehmen ist, stark nachgelassen. Es flossen der deutschen Wirtschaft folgende Summen zu:

in Millionen Mark		1926	1927	1928	1929
Aus den Vereinigten Staaten					1. Halbjahr
Aus Amerika		1260	1158	1080	161
Aus England		141	140	157	52
Aus den Niederlanden		180	281	103	51
Aus der Schweiz		42	46	47	44
Aus Schweden		30	43	9	2
Aus dem sonstigen Auslande		106	32	81	6
Insgesamt 1970		1050	1573	815	

Hier wird die Tendenz der Verminderung noch deutlicher als bei der Beanspruchung des Inlandsmarktes. Interessant ist die Herkunft der Gelder. Aus den Vereinigten Staaten, dem größten Gläubigerlande der Welt, stammen im verflochtenen Jahre rund 70 Proz. aller im Auslande von Deutschland entliehenen Gelder. An zweiter Stelle stand während der letzten Jahre Holland im Jahre 1928 mit über 12 Proz.; ihm folgte England mit nicht ganz 9 Proz.; die Schweiz mit über 3 Proz. und alle sonstigen Länder mit etwa 6 Proz. Amerika sind wir in ganz besonders hohem Maße verpflichtet, und da die deutsche Wirtschaft wohl auch während der nächsten Jahre kaum auf die Beihilfe aus diesem Lande verzichten kann, haben wir alle Ursache, uns seine Sympathien zu erhalten. In diesem Zusammenhange mag ein Wort des Außenministers Stresemann, das in der Debatte über die Pariser Konferenz fiel, Erwähnung finden. Auf die Diskussionsrede eines deutschnationalen Abgeordneten, der von einer Verflachung Deutschlands durch die Reparationszahlungen an die Siegermächte sprach, äußerte sich Dr. Stresemann veranlaßt, zu bemerken, daß nicht wir die Sklaven der Siegermächte, sondern ganz Europa der Sklave eines Landes zu werden drohe, das im Kriege glücklicher war als wir. Damit war das finanziell erstarbte Amerika gemeint. Da derartige Äußerungen in Washington kaum unbemerkt bleiben, ist die Redewendung des deutschen Außenministers im Interesse des deutschen Kredits außerordentlich zu bebauern, auch wenn die daran geknüpften Schlussfolgerungen richtig sind.

In welchem Tempo sich die Inlandskapitalbildung vollzieht, mag ein Blick auf die Einlagenbestände bei den deutschen Sparkassen, die im Rahmen der Gesamtkapitalbildung einen wichtigen Posten darstellen, lehren. In Spar- und Giroaktiven zusammen verfügen die deutschen Sparkassen über einen Bestand von

1913	19,7 Milliarden Mark
1926	3,2 Milliarden Mark
1927	5,8 Milliarden Mark
1928	8,4 Milliarden Mark
April 1929	9,4 Milliarden Mark

Der Bestand des letzten Vorkriegsjahres ist noch lange nicht erreicht. Es kam damals auf den Kopf der Bevölkerung ein Sparbetrag von 291,40 M., im April 1929 dagegen nur 147,10 M., doch ist der monatliche Zuwachs heute viel größer als im Jahre 1913. Hierbei scheidet die Frage aus, woher die Sparguthaben stammen, was für die Erkenntnis sozialer Zustände wohl von großem Wert, für die Beurteilung als Faktor der Kapitalbildung jedoch bedeutungslos ist.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, daß es der deutschen Wirtschaft möglich war, während der letzten Jahre in steigendem Maße Eigenkapital zu bilden, womit sich die Abhängigkeit vom Auslande automatisch vermindert. Diese Bewegung muß, da auch die Ausgaben für Rationalisierungs-zwecke ihren Höhepunkt überschritten haben dürften, notgedrungen zu einer Wohlstandssteigerung führen. Das Ausland nimmt nach der Neuordnung der Reparationszahlungen, in der es keinen Wohlstandsindex mehr gibt, daran keinen Anteil mehr. In welchem Maße die deutsche Arbeiterschaft daran beteiligt werden wird, ist, um es immer wieder zu sagen, denn es bleibt ewig richtig, eine Frage ihrer gewerkschaftlichen Stärke.

Fr. W.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Erhöhte Leistungen in der Invalidenversicherung

Der Reichstag beschloß vor kurzem, daß die über 1300 Millionen Mark jährlich hinausgehenden Erträge der Lohnsteuer für Zwecke der Knappschafts- und Invalidenversicherung verwandt werden sollen. Der Reichsarbeitsminister rechnet für das laufende Etatsjahr mit einem Mehrertrag von 120 Millionen Mark. Die Reichsknappschaft, die sich in sehr bebrängter Lage befindet, soll nun einen jährlichen festen Betrag von 75 Millionen erhalten. Für die Invalidenversicherung verbleiben somit etwa 45 Millionen, die zum Ausbau und zur Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit dienen sollen. Der Reichstag hatte nunmehr zu beschließen, wie diese Zuwendungen zu verteilen sind. Die Meinungen der Parteien gingen hierüber weit auseinander. Die Sozialdemokraten wollten, daß jedes Siebentel für den Leistungsausbau und ein Siebentel als Reserve verwendet würde, während die Deutsche Volkspartei sich gegen einen Ausbau der Leistungen aussprach und lediglich für eine Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung zu haben war. Die Einigung ging schließlich dahin, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1929 die Steigerungsbeträge für Beitragsmarken, die bis zum 30. September 1921 ordnungsmäßig verwendet wurden, wie folgt erhöht werden: in Lohnklasse I von 3 auf 4 Pf., Lohnklasse II von 6 auf 8 Pf., Lohnklasse III von 12 auf 14 Pf., Lohnklasse IV von 18 auf 20 Pf. und Lohnklasse V von 27 auf 30 Pf. Zur Erleichterung der Umrechnungen wird für die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits festgestellten Renten der Gesamtsteigerungsbetrag um 15 Proz., mindestens jedoch um 12, bei Waisenrenten um 6 M. jährlich erhöht. Die Erhöhungen sind demnach nur gering, sie bewegen sich zwischen 0,50 bis 4 M. im Monat.

Die Umrechnung der laufenden Renten erstreckt sich auf rund 1,98 Millionen Invaliden, Alters- und Krankenrenten, 403 000 Waisenrenten und 713 000 Waisenrenten, insgesamt 3,1 Millionen Renten. Die durchschnittliche Invalidenrente ohne Kinderzuschlag betrug vor dem Kriege 15,60 M. monatlich, die Waisenrente 7,50 M., die Waisenrente 3,50 M. Ab 1. Oktober 1929 rechnet man mit einem monatlichen Durchschnittsbetrag von 36 M. bei der Invalidenrente, 23,30 M. bei der Waisenrente und 15,30 M. bei der Waisenrente. Die Steigerungsbeträge haben sich im Laufe der Zeit wie folgt geändert:

Lohnklasse:		I	II	III	IV	V
in der Vorkriegszeit		3	6	8	10	12 Pf.
seit 1. Januar 1924		—	—	—	—	— Pf.
seit 1. April 1925		—	2	4	7	10 Pf.
seit 1. April 1927		2	4	8	14	20 Pf.
seit 1. April 1928		3	6	12	18	27 Pf.
seit 1. Oktober 1929		4	8	14	20	30 Pf.

Das Gesetz vom 12. Juli 1929 bringt sodann eine weitere Verbesserung, durch die ein altes Unrecht endlich beseitigt wird. Nach dem Artikel 71 Absatz 1 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung hatten keinen Anspruch auf Fürsorge die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren. Ab 1. Oktober 1929 haben auch sie einen Rentenanspruch. Absatz 2 des erwähnten Artikels 71 schloß ferner die Ansprüche von Hinterbliebenen solcher Versicherten aus, welche am 1. Januar 1912 dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben. Das Gesetz vom 8. April 1927 hatte diese Bestimmung bereits etwas gemildert, als der Anspruch auf Hinterbliebenenrente anerkannt wurde, wenn der Anspruch auf Invalidenrente noch am 1. Januar 1924 bestand. Der Invalidenrentner mußte also den 1. Januar 1924 erlebt haben. Der Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 1929 bestimmt nunmehr allgemein, daß auch die Hinterbliebenen solcher Versicherten, die am 1. Januar 1912 dauernd erwerbsunfähig waren und bis zu ihrem Tode die Erwerbsfähigkeit nicht wiedererlangt hatten, ab 1. Oktober 1929 ebenso wie die Hinterbliebenen anderer Versicherten Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge haben. Damit ist der Absatz 2 des Artikels 71 gänzlich gefallen.

Voraussetzung für den Rentenanspruch ist natürlich, daß im ersten Falle der Versicherte die Wartezeit erfüllt und

die Anwartschaft aufrecht erhalten hatte. Voraussetzung ist selbstverständlich ferner, daß die Witwe entweder das 65. Lebensjahr vollendet hat oder invalide im Sinne des Gesetzes ist.

Während über die Erhöhung der Invalidenrenten von Amts wegen ein Bescheid erteilt werden muß, müssen die Hinterbliebenen einen Rentenanspruch selbst stellen, und zwar entweder bei der Landesversicherungsanstalt direkt oder bei dem für den Wohnort zuständigen Versicherungsamt. Als Unterlagen sind notwendig: Heiratsurkunde, Geburtsurkunde, Sterbeurkunde sowie möglichst die Aufrechnungsbescheinigungen des Verstorbenen. Die Prüfung des Anspruchs wird vielfach recht schwierig sein, da es sich um weit zurückliegende Zeiten handelt. Viele Versicherungsanstalten werden die Rentenakten, Quittungsakten usw. schon vernichtet haben. Für solche Fälle sieht die Durchführungsverordnung vor, daß es genügt, wenn die zur Begründung des Versicherungsanspruchs geeigneten Tatsachen glaubhaft gemacht werden, z. B. durch Aufrechnungsbescheinigungen, frühere Lohnlisten, Bescheinigungen der Krankenkassen über Beschäftigungszeiten, eidesstattliche Versicherungen usw. In manchen Fällen wird trotz erfüllter Wartezeit und Aufrechterhaltung der Anwartschaft nicht mehr festzustellen sein, wieviel Beiträge gültig entrichtet sind, für solche Fälle ist vorgesehen, daß der Gesamtsteigerungsbetrag bei Witwenrenten auf 24 M., bei Waisenrenten auf 12 M. jährlich festgesetzt wird. Ist andererseits nicht einmal die Gesamtzahl der Beiträge nachgewiesen, so daß eine Verteilung der Beiträge auf die einzelnen Lohnklassen nicht möglich ist, so gilt für jede Beitragsmarke ein einheitlicher Steigerungsbetrag von 16 Pf. Weist der Berechtigte nachträglich die Zahl der Beiträge nach bzw. die Verteilung auf die einzelnen Lohnklassen, so ist der Steigerungsbetrag nach der Vorschrift des Gesetzes zu berechnen, wenn dies für den Berechtigten günstiger ist.

P. Lo.

Erstes schlesisches Handwerker-treffen

Handwerkerkollegen aus den Bezirken Breslau, Liegnitz, Waldenburg, Delegierte aus Grünberg und Dis i. Schl. fanden sich zahlreich am Sonntag, dem 8. September, in „Wenzels Hotel“ in Rybnau im Eulengebiete zum „Ersten schlesischen Handwerker-treffen“ ein. Wenn es auch am Anfang schien, als ob der Wettergott das neue Spartengebilde in unserm Verbands gar nicht leiden könnte. Empfindlich kühl war es, als die Breslauer Teilnehmer frühmorgens in die referierten Wagen stiegen. Doch niemand ließ sich abhalten, und keiner wird es bereut haben. Nach dem Eintreffen der Kollegen aus den einzelnen Orten und nach einem kurzen Frühstück begaben sich die anwesenden Kollegen unter ortsunabhängiger Führung zu einem Spaziergang in die herrliche Umgebung Rybnaus, wobei auch die Weißstrittspitze in Augenschein genommen wurde. Während dieser Zeit fanden sich die Handwerkerkollegen zu erster Arbeit zusammen. Der Vorsitzende Feige (Breslau) eröffnete die Versammlung und gedachte dabei — im Gebiet der Waldenburger Bergknappen — der Opfer der letzten Bergwerkskatastrophe. Hierauf hieß er die erschienenen Kollegen und Gäste herzlich willkommen. Begrüßungsansprachen wurden gehalten vom Gauvorsitzer Feidel, der dabei kurz den Rahmen der Tätigkeit der Sparten im Verbandsorgan umriß, vom Kollegen Springer (Waldenburg) als Vorsitzendem der die Vorbereitungen für das Treffen leitenden Vereinigung, vom Bezirksvorsitzer Köchel (Waldenburg) und Kollegen Steuer (Breslau). Begrüßungsschreiben waren eingegangen von Breslau und der Leipziger Handwerker-einigung. Kollege Feige berichtete ab dann kurz über den Frankfurter Verbandstag, hierbei betonend, daß er nur die Beschlüsse streifen könne, die für die Handwerkerbewegung von Bedeutung wären. Alles übrige sei Aufgabengebiet der Orts- und Bezirksversammlungen. Mit Befriedigung konnte der Vortragende feststellen, daß mit der Bildung der Handwerkervereinigungen eine festere Grundlage auf lohnpolitischem Gebiete bereits eingetreten sei. Als Schlußwort unter diese bisher gefundene Politik der Handwerker und mit bestem Dank für die von Leipzig aus geleistete Aufbauarbeit sei die Anerkennung als Sparte in Frankfurt zu werten. Übergend auf die Berichtserstattung von der vierten Handwerker-vorstandskonferenz in Heidelberg schilderte der Referent die dort gefassten Beschlüsse und den Extrakt der gepflogenen Aussprache. Trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit gelang es dem Vortragenden, alles Wesentliche (die Wahl der Zentralkommission, den Übergang der Geschäfte und der „Mitteilungen“ nach Berlin, die Satzungen mit ihrer Überarbeitung in Zentrale, Gauen, Bezirke und Orte, die Arbeitsteilung usw.) so prägnant verständlich herauszufassen, daß sich eine Luftpforte über den Bericht eröffnete. Über das Thema „Der Handwerker früher und heute“ referierte Kollege Pa u l. Ausgehend von der Gründung der ersten Handwerkervereinigungen, streifte Redner in kurzen Worten die augenfällig große Arbeitslosigkeit, die im Gauvort gegenwärtig etwa 18 Proz. beträgt und uns zwingt, ob wir wollen oder nicht wollen, uns immer enger zusammenzuschließen. Er forderte auch für unsere Tätigkeit, die sich im Laufe der Zeit so gründlich geändert habe, volle Anerkennung und das gleiche Recht auf einen Platz an der Sonne wie die andern Berufsgruppen ihn sich bereits durch ihre jahrzehntelange Spartenarbeit erungen haben. Der Versuch der Unternehmer, die überartertliche Entlohnung abzubauen, wurde mit treffenden Worten ge-

geißelt und betont, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dieses Vorgehen zu verhindern wissen werden. Zum Schluß seines Referats hob der Redner noch einmal die geleistete Arbeit zum Wohle der Handwerker hervor und ersuchte um richtige Wertung, Einschätzung und Mitarbeit in der Sparte. Als Tagungsort des nächsten Treffens wurde Breslau wegen seiner zentralen Lage bestimmt, doch wurde der Wunsch laut, jede zweite Wanderversammlung in einem Provinzort stattfinden zu lassen. Unter „Verschiedenem“ wurde die schlechte wirtschaftliche Lage von dem Vorsitzenden Feige noch einmal erwähnt. Er brachte die Überarbeitungsentscheidung des Verbandstags in Erinnerung, dabei betonend, daß es bei diesem Stand der Arbeitslosigkeit auch nicht eine Überstunde geben dürfe, im eignen und im Interesse der Opfer der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Gauvorsteher Fiedler sprach noch über die Lehrlingsstellungen und die dabei auftretenden Praktiken. Ein jeder sei verpflichtet, darauf zu achten, daß die Stafa nicht überschritten werde. In der Aussprache beteiligten sich noch die Kollegen Feller (Grünberg), Heinrich (Breslau), Zimmer (Schweidnitz) usw. Gegen 12 1/2 Uhr war die Tagesordnung erledigt, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf Verband und Sparte geschlossen wurde.

Nach der Mittagstafel fand eine Vorstandskonferenz statt. Anschließend daran pilgerten die Teilnehmer zwanglos zur nahegelegenen Kynsburg. Im Tagungslokal selbst wurden zum Schluß einige gemüthliche Stunden bei Vorträgen, Liedern und Tanz verbracht. Bis einen nach dem andern die nimmerruhende Zeit mahnte, an die Absfahrt zu denken. Immer kleiner wurde der Kreis der Zurückbleibenden. Das Erste schließliche Handjehretreffen gehörte der Vergangenheit an, als auch die Breslauer und Waldenburger Kollegen, als letzte, in die wieder bereitgestellten Wagen stiegen. Den Waldenburger Kollegen sei auch an dieser Stelle für ihre musterghiltige Vorarbeit gedankt. Das Treffen hat erneut bewiesen, daß die Handjehretbewegung auch in Schlesien unaufhaltsam vorwärts bringt. So manchem Kollegen aber werden die wenigen Stunden kollegialen Zusammenseins und kollegialer Verbundenheit noch lange in Erinnerung bleiben! Schl. (Breslau).

25 Jahre Leipziger Korrektorenverein

Die Gründung des Leipziger Korrektorenvereins als erster rein gewerkschaftlicher Korrektorenverein im Verband der Deutschen Buchdrucker erfolgte am 18. September 1904. In einer 24seitigen ansprechenden Festschrift nach dem Entwurf des Kollegen Z e r b e, verfaßt vom Kollegen S c h m i e d e l, wird die Gründung und Entwicklung des Vereins in kurzen Zügen dargestellt. Mit 13 Mitgliedern ins Leben tretend, hatte der Verein reichlich Schwierigkeiten zu überwinden, nicht nur den Unternehmern gegenüber, sondern namentlich auch bei seinen eignen Berufsangehörigen und, wie die gesamte Korrektorenbewegung überhaupt, zu einem guten Teil auch bei den andern Sparten der freigewerkschaftlich organisierten Buchdrucker. Im Glauben an ihre gute und gerechte Sache ist es jedoch den Männern, die an der Wiege des Vereins standen, unterstützt von einer Anzahl weitsichtiger Verbandsfunktionäre, gelungen, so manchen Hindernisse aus dem Wege zu räumen und die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse der Korrektoren durch deren 1906 erfolgte Aufnahme in den allgemeinen deutschen Buchdruckerarif in beachtlicher Weise zu verbessern. 7 1/2 Proz. Aufschlag auf den allgemeinen Minimallohn des Buchdruckerarif, fast restlose Abschaffung der gesundheitsgefährlichen Heimarbeit und eine langsam sich bahndrechende höhere Werkstättung der Arbeit des Korrektors sind die Früchte 25jähriger mühevoller Tätigkeit. Der Leipziger Korrektorenverein kann mit seinen mehr als 300 Mitgliedern feststellen, daß ihm fast sämtliche organisationsfähigen Korrektoren Leipzigs angehören.

Als Jubiläumsfeier selbst hatte der Leipziger Korrektorenverein am Sonnabend, dem 14. September, zu einer festlichen Begrüßung der geladenen Gäste und der Vertreter auswärtiger Korrektorenvereine im großen Festsaal des Zentralthaters eingeladen. Zahlreich waren die Mitglieder mit ihren Angehörigen dem Rufe des Vorstandes gefolgt. Die Feier wurde vom Alfred-Haude-Orchester durch Chor und Marsch aus dem „Tannhäuser“ eingeleitet. Mit dem „Heiligen Feuer“ von Wilmann und „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, für Männerchor bearbeitet von Söhren, gab der Kollegengesangverein „Gutenberg“ durch gewohnt exakten Vortrag dem Feste ein würdiges Gepräge.

Nach kurzem Willkommengruß durch den Vorsitzenden, Kollegen S c h m i e d e l, begrüßten die erschienenen Gäste und Vertreter den Jubelverein. Namens des Rates der Stadt Leipzig begrüßte Herr Stadtratsrat F i e d l e r den Verein, die Wichtigkeit des gesamten graphischen Gewerbes für die Kultur betonend; er anerkannte die Schwierigkeiten, unter denen auch der Leipziger Korrektorenverein habe arbeiten müssen, aber um so wertvoller sei der Erfolg. Schwierigkeiten würden auch in der Zukunft zu überwinden sein; er wünsche, daß der Verein auch in den folgenden Jahren fruchtbringend zum Wohle der deutschen Kultur arbeiten möge. Als Vertreter der Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands, des Vorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und der „Korr.“-Redaktion gab Kollege D o b e r ü b e r (Berlin) seiner besonderen Freude Ausdruck, daß er als Gründer des Leipziger Korrektorenvereins die Grüße und Glückwünsche dieser Körperschaften überbringen könne. Der Verein sei

mit seinen 300 Mitgliedern der stärkste Epfeiler der Korrektorenbewegung. Kollege Oberüber zeigte dann den wirtschaftlichen und ideellen Aufstieg der Korrektoren nach der Gründung der freigewerkschaftlichen Korrektorenvereine, freizieh den Streit in Bezug auf die Angelegenheitsverflechtung für die Korrektoren, hob den Wert der wiedereröffneten Ausstellung hervor und betonte, wie die deutsche Korrektorenbewegung auf bestechend für die ausländischen Kollegen gewesen sei. Alles in allem müßte man erfreut und von Stolz erfüllt sein über die geleistete Arbeit der Leipziger Korrektoren.

Herr Schulleiter W a g n e r überbrachte die Grüße des Deutschen Sprachvereins, der ebenfalls mit Stolz auf sein körperlichaffiliertes Mitglied, den Leipziger Korrektorenverein, blicke, der mit ihm in Waffenbrüderschaft im Kampfe für Reinheit und Einheitsheit der deutschen Sprache verhandelt sei. Unter symbolischem Hinweis auf den Schmuck des Festsaales, der an die arabische Kunst erinnert, wünschte Herr Dr. R o d e n b e r g dem Verein im Auftrage der Deutschen Biiherei, die ja die Resultate der Tätigkeit der Korrektoren sammle, ferneres Wüßhen und Gedeihen. Kollege H e s s e l b a r t h überbrachte die Glückwünsche des Leipziger Gauvorstandes und sämtlicher Leipziger Spartenvereine, mit denen der Leipziger Korrektorenverein immer in enger Fühlung technisch und organisatorisch fruchtbringend gearbeitet habe. Frau Z e r l i h überreichte namens der Frauen der Leipziger Korrektoren ein Gong und einen „blauen Brief“, der sich aber von sonstigen berechtigten blauen Briefen dadurch unterscheidet, daß er als Resultat einer Sammlung unter den Frauen eine namhafte Summe Geld enthalte zur Weiterbildung der Mitglieder — „damit wir auf unsre Männer noch stolzer sein können“. Weitere Glückwünsche überbrachten Kollege P a n d u r a namens des Berliner Korrektorenvereins, Kollege G r i l h b a c h vom Korrektorenverein Gau An der Saale, Kollege L ö h s c h vom Gau Dresden, Kollege K ö n i g vom Gau Thüringen und Kollege C e d e r t als Vertreter des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Der Korrektorenverein Chemnitz hatte Kollegen P u r c h e als Vertreter entsandt.

Kollege S c h m i e d e l dankte allen für die Glückwünsche und die zahlreichen Geschenke, die die einzelnen Redner namens ihrer Auftraggeber überreichten.

Begrüßungsschreiben bzw. Telegramme waren eingegangen vom Direktor der Deutschen Biiherei, Herrn U h l e n d a h l, vom Deutschen Buchgewerbeverein, vom Verein Leipziger Buchdruckermeister, vom Verein der Buchhändler zu Leipzig, vom Deutschen Verlegerverein, vom Reichsverband Deutscher Zeitschriftenverleger, vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, von den Leipziger Spartenvereinen, ferner vom Bayerischen und vom Rheinisch-Westfälischen Korrektorenverein, von den Korrektorenvereinen in Altenburg, Bielefeld, Bremen, Danzig, Eßen, Frankfurt a. M., Gera, Hamburg, Königsberg, Kötten, Naumburg, Schwerin, von den Langenjahrer Kollegen sowie von der Vereinigung der Korrektoren Österreichs und dem Reichsverein der Korrektoren und Revisoren in der Tschechoslowakei.

Perfönliche Begrüßungsschreiben hatten gefandt der verdienstvolle Gründer des Leipziger Korrektorenvereins, Kollege Bernhard M a u f f, der leider durch Krankheit an der Teilnahme am Jubiläumsfeste verhindert war, Kollegen G r u n e w a l d, K a w i e l, S i l l m e r und G r a m s (Berlin) sowie Kollegen W i d e m a n n (München) und Kollege S c h u m a n n (Naumburg).

Nach einem weiteren Vortrag eines Wilmannschen Chores, „Emporzum Licht“, durch den Gesangverein „Gutenberg“, einigen leichtbeschwingten Musikstücken und den von Frau Agnes Desfarts in ergötzlicher Weise vorgetragenen Liedern zur Laute, konnte das Tanzbein bis nach Mitternacht geschwungen werden. Eine Kaffeetafel mit Gesang der Textlieber einiger Vereinspoeten: „Alles fliehet!“ (frei nach Heraklit) und „De Vorshändbegalerie“ (in fätschlicher Mundart) beschloß die wohlgelungene Feier.

Die eigentliche G r ü n d u n g s f e i e r am Sonntag, dem 15. September, in der Gutenberghalle des Deutschen Buchgewerbehauses wurde durch das vom Hornquartett des Leipziger Gewandhausorchesters zum Vortrag gebrachte „Religio“ von Boreny und ferner durch die „Weise des Gefanges“ aus der „Zauberflöte“ von Mozart, gesungen vom Gesangverein „Gutenberg“ unter Leitung seines Dirigenten Diebe, stimmungsvoll eingeleitet. Herr Dr. Julius R o d e n b e r g, Leiter der Abteilung für künstlerische Drucke an der Deutschen Biiherei, hielt den allseitig als vorzüglich anerkannten Selbstvortrag: „Sprache und Schrift“. Eingangs betonte Herr Rodenberg die Bedeutung des Korrektors bei der Herstellung der Werke der Literatur; der vielfach unbeachtete Korrektor stehe eigentlich im Brennpunkt der Welt, die Früchte seiner Arbeit gingen in alle Welt. Nicht nur auf die grammatische, orthographische und stilistische Form der Literatur habe der Korrektor großen Einfluß, er müsse sich auch mit den Geheimnissen der Mathematik, Chemie und mit andern Wissenschaften vertraut machen, um den an ihn gestellten Anforderungen gewachsen zu sein, er müsse nicht nur hier und da fehlende Wörter ergänzen, sondern auch gelegentlich falsche Daten und dergleichen berichtigen, dazu gehöre ein überaus umfangreiches Wissen. Schöpferisches Wissen sei das Zeichen echter Bildung. Bei einer solchen Fehler wie der heutigen sei es auch wertvoll, über das Wann? Woher? Wohin? von Sprache und Schrift nachzudenken und Umschau zu halten. Es wolle sie sich eine urfätschliche Wertschätzung

auf den Irr- und Irrwegen der menschlichen Geistesentwicklung. Die Gedanken selbst sind nicht hörbar, erst durch die Sprache werden sie andern fruchtbringend übermittelt, in der Sprache der Schriftsteller oder in den Versen der Dichter werden die Gedanken in höchster Vollendung wiedergegeben. An die Legende von der babylonischen Sprachenverwirrung erinnernd, wies der Referent darauf hin, daß sich der Anfang von Sprache und Schrift, die innerlich und äußerlich Weggelassen seien, im Dunkel der früheren Jahrtausende verliere. Die Sprache der Vergangenheit sei nicht tot, sie lebe durch die Schrift mitten unter uns. Wenn man die heutige Reflektierkunst, die durch packende, ausdrucksvolle Bilder Auge und Gedanken der Menschen einfaßt, mit den primitiven Bildern vergleicht, die vor zehntausend Jahren von den damaligen Menschen in Felsenhöhlen gemalt worden sind, dann erkenne man, wie nahe sich Vergangenheit und Gegenwart einander sind. Der Kreis sei geschlossen — Anfang und Ende berühren sich! Ist es zu Ende mit der Entwicklung der Schrift? Wird die Sprache andern erfinden? Die Entwicklung von der Bilderschrift zur Buchstabenchrift und der karolingischen Minuskel im 8. Jahrhundert streifend, beleuchtete Herr Rodenberg auch die Verbindung der jüngeren Vergangenheit mit der Gegenwart, das Wiederaufleben der Brechtlopf- und Ungerfraktur, und wies hin auf die Schöpfungen einiger moderner Schriftkünstler. Aber die Kunst sei es nicht allein — aus der Technik müsse sich die Schrift weiter entwickeln.

Ein weiterer Vortrag des Hornquartetts vom Gewandhausorchester: „Hymnus“ von Freshe, und zwei Darbietungen des Gesangvereins „Gutenberg“: „Vom Menschen“ von Claudius-Lendau und „Republikanische Hymne“ von Bröger-Lendau beendeten die erhebbende Feier.

Kollege S c h m i e d e l konnte noch den Vertreter des Deutschen Buchgewerbevereins, Herrn A p p e l, den Vertreter des Sprachvereins, Herrn V o g e l, begrüßen und anerkennend das Interesse der führenden Leipziger Tageszeitungen und des Landesverbandes der Sächsischen Presse an unsrer Jubiläumsfeier feststellen. Dem Deutschen Buchgewerbeverein dankte Kollege S c h m i e d e l herzlich für die Überlassung der für solche Feiern hervorragend geeigneten Räume. Kollege T h i e m e erläuterte dann kurz Sinn und Zweck der im Saalzimmer des Deutschen Buchgewerbehauses zur Schau gestellten Ausstellung „Berufsschwierigkeiten des Korrektors“. Die Ausstellung, die bereits auf der „Bugra“ 1914 und in Berlin und andern Städten sowie auf der „Pressa“ 1928 in Köln guten Anklang gefunden hat, konnte erweitert und, beginnend durch den hierzu vorzüglich geeigneten Raum, technisch und organisch gut aufgebaut werden. Wie früher haben sich auch diesmal die Besucher sowohl wie die Leipziger Tagespresse lobend über diese einzigartige Schau ausgesprochen.

Ein Spaziergang zu gemeinschaftlichem Mittagssaß in dem Heim der Leipziger Arbeiterschaft, dem impofanten Leipziger Volkshaus, und dessen anschließende Besichtigung in seinen modernst eingerichteten Abteilungen: Großschlachterei, Wälderei, Wäscherei und angenehmem Fremdenheim sowie interessante Fernsicht über die ausgedehnte Biiherstadt Leipzig vom Volkshaussturm aus vereinigte nochmals die auswärtigen Gäste und eine stattliche Anzahl Kollegen mit ihren Frauen am Nachmittag, bis dann nach einigen gemüthlichen Stunden im Heim der Leipziger Buchdrucker die Abschiedsstunde schlug.

Wügen die festlichen Tage dazu beigetragen haben, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Korrektoren Schulfuter an Schulfuter mit den übrigen Gliedern der großen Buchdruckerfamilie und dadurch mit der übrigen Arbeiterschaft zu stärken, dann ist das Ziel dieser Feier erreicht, die befreit waren und mitgearbeitet haben, das 25jährige Bestehen des Leipziger Korrektorenvereins würdig zu feiern. Und darum: Auf zu neuer Arbeit! R. Th.

Korrespondenzen

Mugoburg. In unsrer Versammlung am 7. September wurde Herr Buchdruckermeister August H e i d e r für seine 50jährige Verbandzugehörigkeit geehrt. Eingeleitet wurde die Feier durch ein Lied des Sängers. Ortsvorsitzender S t i e r würdigte in einer kurzen Ansprache die Verdienste des Jubilars und überreichte ihm das übliche Verbands- und Gangesfest. Der nun folgende Vortrag des Herrn Oberinspektors W e n g e n m e i e r bot uns Einblick in die vielseitige Tätigkeit des Berufsberaters. Als Hauptziel der Berufsberatung bezeichnete der Redner in seinen interessanten Ausführungen die planmäßige Zuführung geeigneter Arbeitskräfte im Beruf, die in absehbarer Zeit nicht mit einem Rückgang ihrer Beschäftigtenzahl rechnen müssen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Die Abrechnung für das zweite Vierteljahr wurde einstimmig genehmigt. Zum Schluß erfolgten noch einige Aufnahmen bzw. Übertritte aus der Lehrlingsabteilung sowie eine Geldbewilligung.

E. Berlin. (S a n d s e h e r.) Am 5. September fand im Odb-Jellow-Logenhaus eine Versammlung unsrer Vereinigung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Arbeitslosigkeit der Handwerker; 2. Vereinsteilnahmen; 3. Wahl von drei Beisitzern zur Zentralkommission der Handwerker; 4. Wahl von drei Revisoren für die Zentralkommission der Handwerker; 5. Geldbewilligung; 6. Verschiedenes. Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte Kollege P i e t s c h aus: Die Arbeitslosigkeit bei den Handwerkern steige ganz kolossal an, zur Zeit seien in Berlin 1246 Handwerker arbeitslos, hinzu kommt noch Kurzarbeit bis zu 24 Stunden in vielen Druckereten. Und dabei die Unterstützung des Prinzipals Herper an seine Kollegen, jede

irgendwie entbehrliche Arbeitskraft abzustufen! Die sonst üblichen Ferienausflüge sind in diesem Jahre nicht eingestellt worden, in einzelnen Betrieben werden aber immer noch sehr viele Überstunden geleistet. Man verliert die Arbeitslosigkeit zur Lohnrückzahlung zu benutzen. Seit Juli ist die Krisenfürsorge auch auf die Buchdrucker ausgebeutet worden, und darüber hinaus ist der Antrag gestellt, die staatliche Arbeitslosenunterstützung bis zu 39 Wochen zu gewähren. Auf diesen Antrag ist jedoch noch keine Antwort erfolgt. Der immer noch sehr starke Zugang nach Berlin muß eingebremst werden, zumal die zureichenden Kollegen häufig als Lohndrücker mißbraucht werden. Die von außerhalb nach Berlin engagierten Kollegen geraten sehr häufig an solche Firmen, die den Lohn nicht zahlen können und die Sozialbeiträge unterschlagen, wodurch die Kollegen schwer geschädigt werden. Aber vor Annahme von Konditionen nach Berlin Erkundigungen beim Gauvorsitzer einzuziehen, falls nur sehr wenigen Kollegen ein. Die Kollegen sollten alles tun, was in ihren Kräften steht, Arbeitslose unterzubringen, indem sie keine Überstunden mehr leisten, und wenn alle Arbeitsplätze besetzt sind, dann soll man sich einfügen. Der Referent ist jedoch der Ansicht, daß sich die Konjunktur zum Herbst bessern werde. Die abgehaltenen wöchentlichen Arbeitslosenversammlungen können den Arbeitslosen auch nicht helfen. Die Arbeitslosen sollten sich immer an den Gauvorstand halten, der alles, was in seinen Kräften steht, zur Besserung ihrer Lage tun werde. Das beste Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit sei eine Arbeitszeitverkürzung. In der Diskussion führte Kollege Schiller aus, daß die Maßnahmen des Gauvorstandes keine Kampfmaßnahmen gegen die Not der Arbeitslosen sind. Man müsse alles unternehmen gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung in den Parlamenten. Der Mantelartikel muß gekündigt und die siebenstündige Arbeitszeit eingeführt werden zur Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion. Kollege Fiedler hält die Arbeitslosigkeit für eine sehr ernste Frage, die man gerade vom Standpunkt der Gewerkschaften leidenschaftlos behandeln müsse. Die politischen Parteien hätten keine Arbeitslosenversammlungen einzuberufen, das sei Sache der Gewerkschaften, die noch immer Mittel und Wege gefunden hätten, die Arbeitslosigkeit einzufrieren. Die Kollegen sollten sich den Unternehmern nicht bedingungslos zur Verfügung stellen und erst mal die tariflichen Minimalbestimmungen einhalten, dann wären wir ein gutes Stück weiter. Wollten die einzelnen Sparten Widerstandsklassen einführen, dann wäre es endgültig vorbei mit der einheitlichen Organisation. Kollege Gärtke lehnte den von Schäfer geforderten gemeinsamen Kampf mit den Unorganisierten ab und forderte von den Kollegen Ablehnung aller Überstunden. Kollege Schiller erregte die Forderung, daß auch vom politischen Standpunkt aus an diese Dinge herangegangen werden müsse. Er wiederholte seine Ausführungen in Bezug auf die Unorganisierten und forderte als Kampfmittel den Sturz der jetzigen Koalitionsregierung. Kollege Schiller hält seinem Vortrager vor, daß gerade dessen politische Freunde seinerzeit gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz als angebliches Schandgesetz gestimmt hätten, während sie heute zum Kampf für dieses Gesetz aufrufen. Kollege Bietisch erklärte in seinem Schlusswort nochmals, daß Gau- und Handsehervorstand alles tun werden im Interesse der Arbeitslosen. Der Mantelartikel werde nach Beschluß des Frankfurter Verbandstages zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden. Unter „Bereinsmitteilungen“ wies Kollege Bietisch darauf hin, daß Berlin zur Zentralkommission der Handseher drei Beisitzer zu wählen hat. Beitragsreste müssen umgehend beglichen werden, falls die Restantenkollegen nicht ausgefolgt werden wollten. Wir haben für jedes Mitglied monatlich 15 Pf. an die Zentralkommission abzuführen. Die Mitgliedslisten müssen gegen die neuen Mitgliedsbücher umgetauscht werden. Bis Ende Oktober eintretende Kollegen sind vom Eintrittsgeld befreit. Es kommt immer wieder vor, daß Maschinenseher bei Arbeitsmangel in den Handtag gestellt und dafür Handseher entlassen werden. Das muß aufhören, jede Sparte habe ihre Arbeitslosigkeit selbst zu tragen. Als Beisitzer für den Verbandsvorstand wurden die Kollegen Karl Krüger und Artur Bepold aufgestellt. Zu Beisitzern für die Zentralkommission der Handseher wurden die Kollegen Gärtke, Karl Müller und Michaelis einstimmig gewählt; als Revisoren die Kollegen Erich Braun, Tilsner und Streicher, ebenfalls einstimmig. Aufschluß des 50-jährigen Bestehens der „Typographia“ wurde zu einem gemeinschaftlichen Spartenabend ein Betrag von 220 M. bewilligt. Im letzten „Mitteilungsblatt“ des Brandenburgischen Maschinensehervereins war ein Artikel unter der Überschrift „Logi“ erschienen, der sich mit den Ausführungen des Kollegen Fiedler auf unser Versammlung in Oberswalde beschäftigt und die Dinge buchstäblich auf den Kopf stellt. Nach kurzen Ausführungen des Kollegen Fiedler hierzu beschloß die Versammlung unter starker Entrüstung Übergang zur Tagesordnung.

Eberfeld. Am 8. September fand hier unsere Bezirksversammlung statt, die besser hätte besetzt sein können. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Richterfaktung vom Gantag. Kollege Paul Fuchs gab diese in ausführlicher Weise. Er zeichnete der Versammlung ein genaues Bild von dieser Tagung, die gerade für den Eberfelder Bezirk so bedeutungsvoll ist, und erläuterte alle Anträge, die unser Bezirk berührt und auch die Angelegenheit der Gantatberufe. In der nun einschließend sehr regen Diskussion kam allgemein freudig zum Ausdruck, daß der Gantag im Gegensatz zum Verbandstag in ausgiebiger Weise sich mit der Ausprägung in der Solinger „Arbeiterstimme“ beschäftigt habe und die nötige Klarheit brachte, die allgemein befriedigte. Mit der glücklichen Lösung der Angelegenheit der Gantatberufe war man einverstanden; diese ist im Sinne aller Anwesenden eine zufriedenstellende. Im allgemeinen war man mit der geleisteten Arbeit des Gantages einverstanden. Die in der Versammlung anwesenden arbeitslosen Kollegen erhielten 3 M. Unterstützung. Bezirksvorsitzender Kullius Weber machte der Versammlung noch einige nähere Mitteilungen über die am 29. September in der Stadthalle stattfindende 50-jährige Jubiläumfeier des Ortsvereins Eberfeld. Mit

der Erledigung einiger kleinerer und den Bezirk berührenden Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Heidelberg. Unsere Bezirksversammlung am 18. August war außer von den Heidelbergern Kollegen auch von den Kollegen aus den Druckorten des Hinterlandes gut besucht. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der Vortrag des Bezirksvorsitzenden Adolf Rauh über: „Die Invalidentversicherung in unserer Organisation“. Aus dem ergebnisreichen Punkt „Gesundheitliches“ war zu entnehmen, daß die Invalidentversicherung seit Beginn dieses Jahres kampftätig geworden ist und besonders den Kollegen in Tauberbischofsheim die bisher gezahlten Leistungszulagen streitig zu machen sucht. Das schwebende arbeitsgerichtliche Verfahren wird zunächst über diese Streitigkeiten entscheiden. Die Frequenz der durchreisenden Kollegen macht es unumgänglich, das bisher gegebene Ortsgeheim ab 1. Oktober um 50 Proz. herabzusetzen, welche Maßnahme für Nichtbezugsberechtigten und Ausgefuehrten jedoch nicht in Frage kommt. Nach weiterer Erledigung verschiedener gesundheitlicher Angelegenheiten gab Bezirksassessor Adam Mauer ergänzende Ausführungen zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Die Versammlung erteilte ihm für seine Kassenführung einstimmig Entlastung. In seinem Referat kam Kollege Rauh auf die Unterstützungszulagen zu sprechen, die bekanntlich nach dem Beschluß des diesjährigen Verbandstages dem Abbau anheimfallen sollen. Man sieht es nicht gern, daß unter diesen Beschluß auch die seit über hundert Jahren bestehende Heidelberger „Typographia“-Krankenkasse fallen soll. Das gautausgebauete Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Eine sehr rege Diskussion schloß sich an. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, daß Kollege Karl Rauh, der vor kurzem zum Präsidenten der Badischen Landesversicherungsanstalt ernannt wurde, im Laufe des Winters einen instruktiven Vortrag über die staatliche Invalidentversicherung halten möge. Der Punkt „Verschiedenes“ beschloß die Tagesordnung und damit die anregend verlaufene Versammlung.

Riel. An unserer außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August nahmen über 100 Kollegen teil. Hauptthema war die Änderung der Ortsbestimmungen gemäß den Beschlüssen des Frankfurter Verbandstages. Der Vorstand beantragte, die Bestimmungen über die örtliche Invalidentversicherung mit dem 1. Oktober zu annullieren. Das Ortsgeheim für durchreisende Kollegen kann infolge des außerordentlich starken Verkehrs ebenfalls nicht in alter Höhe beibehalten werden. Trotz dieser Einschränkungen in den Ausgaben ergriffte der Vorstand den Ortsbeitrag in der bisherigen Höhe auch über den 1. Oktober hinaus versuchsweise beizubehalten. Nach lebhafter Aussprache, an der sich die Kollegen Schütz, Tilsner, Schatz und andere beteiligten, fanden fast alle Anträge einstimmige Annahme. Eine lebhafteste Aussprache entfiel auch noch nachträglich die Debatte der letzten Bezirksversammlung über die „Verband - Deutsche Turnerschaft - Werkportvereine“. Kollege Reimers rechtfertigte seine Stellungnahme im „Korr.“. Ihm wurde aus der Versammlung heraus und ebenfalls vom Vorstand scharf entgegengetreten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch den Mitgliedern eines Werkportvereins in den „Riel“ neuesten Nachrichten“ ersichtlich das Verderbliche ihres Vorgehens vor Augen gehalten. Diese Aussprache, die wie ein reinigendes Gewitter wirkte, wird hoffentlich auf die zunächst Interessierten nicht ohne Einfluß bleiben. Für die Arbeiter-Samariter bewilligte die Versammlung 30 M. Zu Beginn der Versammlung wurde vom Vorsitzenden auf die große Anzahl der Konditionslosen hingewiesen und ermahnt, alles zu tun, um neue Arbeitsplätze für sie freizumachen. Ferner wurde erneut daran erinnert, daß die umfangreiche Arbeitslosigkeit nicht ohne Einfluß sein kann bei Neueinstellung von Lehrlingen aus Osnern 1930.

Kottbus. Der für den 25. August nach Forst einberufene Wanderbezirkstag war nur mäßig besucht. Der Tagung voraus ging eine Besichtigung des Stadions und des neuerbauten Gymnasiums. Der Leiter der Schule, Direktor Günther, wies in einleitenden Worten an die Versammelten auf die Vorzüge hin, die die Anstalt zu dem machen, was sie geworden ist. Ein Rundgang durch sämtliche Räume mit ihren Einrichtungen bewies, daß hier eine hygienisch einwandfreie und musterzügliche Kulturstätte entstand, die dem Personal als auch den Schülern gewiß viel Freude bereiten dürfte. Für die Führung dankte namens der Versammelten Kollege Gurtz. Als Tagungsraum hatte man diesmal die Aula der Luisenschule, die schon ausgemüht war, gewährt, um Störungen zu begegnen, wie sie bei vorhergehenden Tagungen in Erscheinung traten. Birgermeister Kollege Heßlinger wies in seiner Begrüßungsansprache an die Kollegen besonders darauf hin, daß man sich davon freimachen sollte, derartige Tagungen in verquälten Räumen abzuhalten. Der „Freie Volkshor“ Forst entbot den Teilnehmern zum Gruß die beiden wichtigen Chöre von Uthmann, „Ich warte dein“ und „Lied Polson“, die stimmungsvoll vorgetragen wurden. Nach der stimmungsvollen Begrüßung durch Vorsitzenden Gurtz ergriff die Versammlung das Andenken zweier verstorbener Kollegen in üblicher Weise. Aus den Berichten des Vorsitzenden, des Kassierers und Beisitzers ist zu entnehmen, daß nicht immer alles so glatt ging und daß hier und dort Klagen angebracht werden mußte. Mit besonderer Genugtuung wurde davon Kenntnis genommen, daß nun auch in dem schwarzen Ludau sich drei Kollegen ernannt haben, der Organisation beizutreten. Ein besonderes Schmerzenskind im Bezirk ist die Firma Jahn & Wendel in Kirchhain. Dieser Firma ist jedes Mittel recht, die tariflichen Bestimmungen zu durchbrechen. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat des Kollegen Fiedler (Berlin) über das Thema: „Handseherfragen und Handseherpartei“. In mehr als einstufigen Ausführungen erstreckte es der Redner, sich seiner Aufgabe zu entledigen. Er wies sei, daß sämtliche übrigen Sparten innerhalb der Organisation materiell etwas erreicht hätten. Die Handseher müßten sich als weitaus größte Sparte in Zusammenarbeit mit den Sparten und dem Bildungsverband zum Wohle der Gesamtorganisation zusammenfinden. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Mit der

Erledigung kleinerer geschäftlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß. — Am Nachmittag fanden sich die Kollegen in dem weit über die Grenzen von Forst hinaus bekannten Rosenhain auf der Behrinsel zusammen, und so manche alte Erinnerung wurde hier ausgetauscht. Ein gemüthlicher Abschiedsschoppen gab der ganzen Tagung einen guten Abschluß.

Leipzig. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Zu der am 24. April abgehaltenen Versammlung hatten wir als Referenten den Direktor des Leipziger Zoologischen Gartens, Herrn Dr. Gebbing, gewonnen, der einen hochinteressanten Vortrag über seine letzte Expeditionstreife nach Liberia hielt mit anschließender Vorführung des bei dieser Reise aufgenommenen Films über das Leben und Treiben der Eingeborenen. Alle Versammlungsteilnehmer werden sich dieser lehrreichen Ausführungen und des wunderschönen Films gern erinnern. Des Weiteren wurde in dieser Versammlung die Wahl des Delegierten zum Druckerkongress vorgenommen. — Die Versammlung am 12. Juni brachte uns einen Vortrag des Herrn Gewerbestudienrates Ruppert von der Buchdruckerabteilung Leipzig über das Thema: „Neuheiten und Verbesserungen an Schnellpressen“. An Hand von Lichtbildern behandelte der Referent alle in der letzten Zeit erschienenen Neuheiten, ihre Vorteile und Nachteile für den Drucker. Auch dieser Vortrag wurde mit größtem Interesse entgegen genommen und wird für viele Kollegen manche Anregung und Aufklärung gebracht haben. Besonders wurde in dieser Versammlung noch auf die außerordentlich starke Arbeitslosigkeit der Drucker hingewiesen, die nun schon fast ein Jahr 15 Proz. beträgt und die die Vermeidung aller Überarbeit den Kollegen im Betriebe zur unbedingten Pflicht macht. — Einen recht guten Besuch hatte die Versammlung am 16. Juli zu verzeichnen. Kollege Greischer erstattete Bericht vom Druckerkongress, Kollege Thomas behandelte die auf den Verbandstag erörterten Spartenfragen. Des Weiteren hielt Herr Dr. Zeigler einen Vortrag über das äußerst lehrreiche Thema „Aus deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern“ unter besonderem Hinweis auf die bevorstehende Strafrechtsreform. Die mit größter Spannung entgegen genommenen Ausführungen dieses vorzüglichen Redners gaben allen Versammlungsteilnehmern einen Einblick in das Leben hinter Gittermauern und wurden mit stärkstem Beifall belohnt.

Potsdam. (Drucker.) Das Jahr 1928 brachte für den örtlichen Verein keinen guten Abschluß, denn das Interesse der Kollegenschaft am Vereins- und Versammlungsleben ließ sich nicht so wünschenswert. So war es im Anfang dieses Jahres nicht möglich, eine Generalversammlung zustande zu bringen. Zweimal mußte diese vertagt werden, da ein derartig schlechter Besuch zu verzeichnen war, daß Vorstandswahlen eine Unmöglichkeit waren. Erst durch das Eingreifen des Kreisverbandes wurde es möglich, die Generalversammlung im März d. J. zustande zu bringen. Aus den Wahlen gingen u. a. hervor: als erster Vorsitzender Richard Kunze und als Kassierer Alfred Böh. Der neue Vorstand ging sofort an die Arbeit. Im ersten Vierteljahr seiner Tätigkeit fanden zwei Versammlungen statt. In der Versammlung am 13. April hielt der Vorsitzende der örtlichen Sparte der Maschinenseher, Kollege Donath, einen Vortrag über das Thema: „Die Bedeutung der Sparten im Verbands- und Vereinsleben“. — Am 1. Juni hörten die Kollegen einen Vortrag des Lehrers Wianowski über „Berliner Humor“. In dieser Versammlung gab Kollege Kunze auch den Bericht von der Vorsitzendenkonferenz in Kottbus. Durch den Tod verlor der Verein zwei Mitglieder. Die technische Entwicklung ist an den Potsdamer Druckereien nicht spurlos vorübergegangen. So wurden an neuen Maschinen im Jahre 1928 aufgestellt: bei der Firma Schneider eine Retord mit Simplex, Format 76/114; bei der Firma Hagns Erben eine Johannsberg-Stoppappindpresse mit Universal, eine 16seitige Notation (Mugsburg), Modell 1924, und eine Faschmaschine (Salbantomat). Mit dem Monat September beginnt unsere Winterarbeit. Hoffen wir, daß die Kollegenschaft die Zeichen der Zeit erkennt und mit Eifer an unserm Vereins- und Versammlungsleben mitarbeitet.

Rathor. In unserer Bezirksversammlung am 1. September in Leobschütz war von Schülern und Lehrkräften fast vollständig besucht und wurde von zwei Chören des Gesangsvereins „Gutenberg“ Rathor eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache begrüßte die Vorsitzende Thiel die Leobschützer freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu dem fast fertiggestellten umfangreichen „Volkshaus“, worauf Ortsausführungsvorsteher Beyer (Leobschütz) den Dank aussprach und in klarformulirter Form die Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung schilderte. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß die Bemühungen zur Ausdehnung der Krisenfürsorge auf das Buchdruckergewerbe im Bereiche des Arbeitsamtes Rathor bisher erfolglos waren, trotzdem in Rathor die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe eine Höhe erreicht hat wie nie zuvor, da hier seit Ende 1928 nur noch eine Tageszeitung gedruckt wird. Eine sehr lebhafteste Aussprache befaßte sich mit dem Verhältnis des Breslauer Ortsverbandes zum Gauvorstand. Mit großer Mehrheit schloß sich die Versammlung der diegnlich Entschließung vom 4. August an, ohne jedoch die Abhaltung eines außerordentlichen Gantages für notwendig zu halten. Im Anschluß an den Jahresbericht des Kollegen Iskra wurde der Bezirksbeitrag ab 29. September einstimmig um 5 Pf. auf 15 Pf. wünschenswert erhöht und als Ort der nächsten Bezirksversammlung Kofel bestimmt. Sodann hielt Kollege Kiesel (Weuthen) einen einstufigen Vortrag über die Beschlüsse des Frankfurter Verbandstages und entzete von den aufmerksamen Zuhörern dankbaren Beifall. Dem Schlusswort des Vorsitzenden folgten zwei Chöre der Sänger, die wiederum schmuckvollsten Applaus ernteten und durch Überreichung eines Blumenstraußes an ihren Dirigenten gleichfalls erfreut wurden. Zu bedauern bleibt freilich, daß eine ganze Anzahl stimmungsbegabter Kollegen den Weg zu den Abgangsabend nicht finden kann. Nach der gemeinschaftlichen Mittagstafel fand unter Leitung des Kollegen Spyrta der Bezirkslehrlingsversammlung statt, zu der gleichfalls Kollege Kiesel (Weuthen) das Referat übernommen hatte. Am Nachmittag entführten Eisenbahn und

Autobus jung und alt bei prächtigstem Sommerwetter in den nahen Geoschlagler Stadtpark, in dessen Erholungsstätten alte Freundschaften aufgefrischt und neue geschlossen wurden, so daß die Scheideweide viel zu schnell heranbraute.

Stuttgart. Eine am 22. August abgehaltene **Frauenversammlung** war bis zum letzten Funktionär Besuch. Kollege K. L. in behandelte unter Vereinstellungen verschiedene tarifliche Fragen, wie Überstunden und Zeiturlaub, Montagszeitungen, Kurzarbeit, Überstunden bei Kurzarbeit usw., und stellte dabei immer wieder auftretende Unklarheiten richtig. Eine ganz unkollegiale Handlungsweise ist in der Schwarzarbeit zu erblicken. Dabei werden nicht nur die im Verborgenen blühenden Kräfte unterdrückt, sondern auch unsere arbeitslosen Kollegen schwer geschädigt und die Kästen des Verbandes geschöpft. Schwarzarbeit gleich welcher Art, sei es auf eigene Rechnung oder nach Geschäftsfluß bei einem guten Freund oder Vereinstribun, muß unter allen Umständen bei den zuständigen Funktionären gemeldet werden, damit schleunigst Abhilfe erfolgen kann. Eine Klage von Zeitungsträgerinnen auf eine Vertretung im Betriebsrat ergab vor dem Landesarbeitsgericht Erfolg. Ausführungen über Besetzungsausübung und Überforderungen der Besetzungsfälle bildeten den Schluß der Vereinstellungen. In der Aussprache nahmen fünf Kollegen teil. Der nächste Punkt, „Aufstellung einer vorläufigen Kandidatenliste für den Gantag“, fand rasche Entscheidung. 59 Namen bei 30 Delegierten sollen in der nächsten Versammlung ergänzt und dann auf den Zettel kommen. — Die **Frauenversammlung** am 4. September hatte trotz der hochsommerlichen Hitze befreiziehenden Besuch aufzuweisen. Die Tagesordnung: 1. Vereinstellungen. 2. Aufstellung von Kandidaten zum Gantag. 3. Vespredung der veröffentlichten Anträge zum Gantag. 4. Vorschläge von Beisitzern zum Gantagsvorstand, mag auch die Klage gewesen sein. Einleitend machte Kollege K. L. in Mitteilung von dem Ableben zweier Kollegen, deren Gedanken in üblicher Weise erfolgte. Im August reisten hier 285 Kollegen durch, die höchste Durchreisendenzahl der hiesigen Jahreshälfte. Die Überlassung von halbwegs brauchbarem Schuhwerk, das die Kollegen nicht mehr benötigen, könnte manche Not lindern. Ein Wettbewerb unter den Gantagsmitgliedern für eine Neujahrswandkarte fand in Nr. 36 der „Mitteilungen“ Berücksichtigung. Einfindungstag an die Geschäftsstelle 20. Oktober. Gegen die Verschlechterungsbestrebungen beim Arbeitslosenversicherungsgesetz fand nachfolgende Entscheidung einstimmige Annahme: „Die am 4. September 1929 im Festsaal des Gewerkschaftshauses abgehaltene Versammlung der Mitgliedschaft Stuttgart erhebt in letzter Stunde nochmals entschiedenen Einspruch gegen die Bestrebungen, das bestehende Arbeitslosenversicherungsgesetz zu verschlechtern. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstage werden aufgefordert, alles aufzubieten, um den Gefahren, welche dem Gesetz in seiner heutigen Gestalt drohen, wirksam zu begegnen. Die Wintermonate mit ihrer wirtschaftlichen Not können nicht als finanzielle Grundlage für die Bewertung des Gesetzes betrachtet werden. Die Beurteilung seiner Brauchbarkeit muß in erster Linie von dem Standpunkt aus gesehen, daß ein Arbeiter, der von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, für die Fortführung seines Unterhalts während der Ausscheidung aus dem Produktionsprozeß erträglich geschützt sein muß. Die Entwicklung hat bewiesen, daß die Arbeitslosenversicherung nicht aus Beiträgen allein aufrecht erhalten werden kann. Es ist daher eine durchaus berechtigte soziale Forderung, daß hier auch öffentliche Zuschüsse verwirklicht werden müssen. Tausende von Arbeitslosen sind in diesen ersten Tagen von banger Sorge um ihre Zukunft erfüllt. Der Gedanke an ihre Not muß Anlaß sein, alles zu tun, um den Anstrich auf die Arbeitslosenversicherung erfolgreich abzuschlagen.“ Bei der Aussprache über den zweiten Punkt der Tagesordnung, wo noch weitere fünf Kollegen auf die Kandidatenliste für den Gantagswahl auf die Liste kamen, wurde gefragt, ob auch alle Vorgesetzten anwesend seien. Andernfalls sollte Streichung erfolgen. Ferner wurde die Spartenbeziehung gewünscht. Die Anträge zum Gantag fanden teilweise Kritik. Beim vierten Punkt wurden zur Kandidatenliste für die Beisitzer zum Gantagsvorstand außer den bisher amtierenden Kollegen noch weitere 12 vorgeschlagen. Am Schluß der Versammlung galt der Dank des Vorsitzenden den Erschienenen, die sich trotz der Hundstagshitze zu gewerkschaftlicher Mitarbeit eingefunden hatten.

Allgemeine Rundschau

Bedeutende Graphik-Verfeinerung. Die Sammlung eines westdeutschen Schlosses, die seit etwa 150 Jahren unberührt und vergessen gelegen hat und kostbare Handzeichnungen und Kupferstiche alter Meister enthält, wird demnächst von dem Berliner Kunstantiquariat Hollstein & Puppel versteigert werden. Unter den Handzeichnungen ragen die Namen Baldung-Grien, François Boucher, Dürer, Jordans, Ostade, Rembrandt, Tizian hervor. Die Kupferstichsammlung birgt kostbare Werke von Dürer, Rembrandt, Schongauer, von teilweise hervorragender Qualität. Von andern Künstlern sind vor allen Dingen Baldung-Grien, Claude-Gellée, Goltzius, Hirshvogel, Lautensack, Leyden, Meunier, Ostade, Zoffinger durch große Seltenheiten und umfangreiche Kollektionen vertreten. Eine Abteilung von Graphit des 18. bis 19. Jahrhunderts schließt sich an. Die Versteigerung wird voraussichtlich das internationale Sammler- und Handelspublikum in Berlin vereinigen.

Betriebsverweiterung der Frankfurter „Volkstimme“. Wie uns von der Geschäftsleitung der Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. (Verlag der „Volkstimme“ in Frankfurt a. M.) mitgeteilt wurde, verlegt diese ihren Betrieb am 6. Oktober nach der im November vorigen Jahres von der Firma V. Dondorf G. m. b. H. erworbenen, über 11 000 qm großen Liegenschaft an der Bodenheimer Landstraße, nachdem umfangreiche Neubauten und Umbauten auf dem Grundstück vorgenommen und eine Reihe neuer Maschinen, u. a. eine für Mehrfarbendruck eingerichtete Fünfzeilen-Rotationsmaschine, aufgestellt wurden. Die

Einweihung der neuen Betriebsgebäude erfolgt am 26. und 27. Oktober anläßlich des 40jährigen Jubiläums der „Volkstimme“.

Neue Chorwerke für die Arbeiterjungen. Wie vom Pressebüro des Deutschen Arbeiterjungenbundes mitgeteilt wird, sind in seinem Verlag neben zwei große Kantaten erschienen, in deren Texten die Welt des Arbeiters, Leben und Schaffen der Massen verdientermaßen gewürdigt wird. Es handelt sich um das Werk „Kreuzung der Maschine“ (Dichtung von Robo Grant) für Gemischten Chor, Einzelsprecher, Sprecher und Kinderchor mit Orchester von Arthur Wolff und Lichtbildern von Käthe Kollwitz. (Die Uraufführung dieses Werkes, die im 6. November in Berlin stattfinden wird, bereitet gegenwärtig der Berliner Volkshor vor.) Das andere neue Werk von Dittmar Gester betitelt sich: „Das Lied vom Arbeitsmann“ (Dichtung von Alfred Auerbach). Es ist für Gemischten Chor, Kinderchor, Sprecher, Sopran- und Basssolo mit Orchesterbegleitung, Trommler- und Pfeiferchor eingerichtet. Ein drittes Werk: „Stunde der Befreiung“ (Verbindung russischer Kampfgesänge nach der Anordnung von Joseph Luitpold Stern), ist für Gemischten Chor, Sprecher, Mezzosopran- und Basssolo und Orchester von Viktor Korda, wurde neben vom Verlag des Deutschen Arbeiterjungenbundes erworben. Das Werk, das Ende dieses Jahres erscheinen wird, dürfte auch Vereinen, die größeren Schwierigkeiten in gesanglicher Hinsicht weniger gewachsen sind, entgegenkommen, zumal der Komponist Viktor Korda sich entschlossen hat, die Partitur seines Werkes in einer zweiten Fassung auch für kleines Orchester einzurichten. In der Komposition „Stunde der Befreiung“ dürfte die volkstümliche, proletarische Kantate gefunden worden sein. Das Werk verwendet an Kampfgesängen: „Am Strom der Mutter Wolga“, „Seuch-la“, „Wassawianka“, „Russischer Trauermarsch“, „Rotgardistenmarsch“, „Dubninskaja“ und schließt ab mit einer Hymne aus „Boris Godunow“ von Musorgski, die auf ein älteres russisches Volkslied zurückgeht. Das Werk wurde von österreichischen Arbeiterjungeninnen und -jungen anläßlich der Zusammenkunft der Sozialistischen Arbeiterjugend in Wien aufgeführt, wo es einen außerordentlich künstlerischen Erfolg brachte und begeisterte Aufnahme fand.

Berufsentscheidung und Berufsrufen. Die tiefgehenden Umwälzungen im Wirtschaftsleben schaffen täglich neue Berufe und lassen alte Berufe aussterben. Gab es früher ein paar Duzend Berufe, so gibt es deren heute hunderte. Die Arbeitsteilung, die neu entstehenden Artikel und Gegenstände und die revolutionäre Wirkung der Technik tragen zur Vermehrung neuer Berufe und Arbeitsmethoden wesentlich bei. Über all diese Dinge schrieb ein Herr vom Arbeitsamt Berlin-Mitte in Nr. 442 des „Berliner Tageblattes“ u. a. folgendes: „Die Metallarbeiter, eine zwar nicht sehr große, aber in der Metallindustrie bis vor kurzem unentbehrliche Berufsgruppe, sind durch die Einführung von hydraulischen Pressen jetzt nur noch zu einem Drittel nötig. Zwei Drittel von ihnen müssen sich nach neuen Berufsmöglichkeiten umsehen oder dauernd arbeitslos sein. Die Maschine setzt fortwährend arbeitende Menschen frei. Auch in den kaufmännischen Berufen. Kaufmännische Angestellte werden Maschinenarbeiter, die bei der Bedienung der Buchungsmaschinen sogar Schuhfleißer wie ein Arbeiter tragen und zum Reinigen der Hände nicht mehr allein Seife, sondern besondere Reinigungsmittel benötigen. Wie lange wird es noch dauern, bis ein großer Teil der Verkaufserlöse und Verkäufer durch Verkaufsautomaten ersetzt ist? Schon hat ein großer ausländischer Warenhauskonzern 25 000 solcher Automaten zum Verkauf von Einheitspreismitteln in Auftrag gegeben.“

Zur Geburtenzuwachsfrage. Bekannt ist die Geburtenziffer in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit im Sinken begriffen. Namentlich in den Großstädten ist der Geburtenüberschuß gering. Auf dem Lande und in Kleinstädten ist der Geburtenüberschuß allerdings noch nicht bedenklich, sondern der Zuwachs noch als durchaus normal zu bezeichnen. Von den Großstädten hat Berlin als einzige einen Sterbeüberschuß aufzuweisen. Dieser beträgt 1,60 pro Tausend der Bevölkerung. In der Reichsfläche schließen sich an mit einem Zuwachs: Wünnen mit 0,50, Dresden mit 0,52, Hamburg mit 1,32, Darmstadt mit 1,48, Frankfurt a. M. mit 1,74, Breslau mit 2,02, Leipzig mit 2,08, Hannover mit 2,52 und Stuttgart mit 2,73 pro Tausend der Bevölkerung. Die Abnahme der Städte wird durch Wanderungsgewinn ausgeglichen. In Berlin z. B. wanderten 1928 81 000 Personen zu. Sie drückten dort auf den Arbeitsmarkt und vermehrten das Heer der Arbeitslosen entweder direkt oder indirekt. Da die Erwachsenen überwiegen, wird ebenfalls die Wohnungsnot gesteigert.

Neue Arbeitsweise in der Sowjetunion. Ein soeben veröffentlichtes Dekret der Sowjetunion ordnet „einen planmäßigen und konsequenten Übergang der Betriebe zur ununterbrochenen Produktion“ an. Nur an fünf „revolutionären Feiertagen“ im Jahre sollen die Betriebe stillstehen. Durch diese Neuordnung wird der Sonntag als bisheriger Ruhetag außer Kraft gesetzt. Die Arbeit soll tagaus, tagein weitergehen, eine Ruhepause nur durch den schichtweisen Wechsel der Arbeitskräfte gegeben sein im Rahmen einer fünfjährigen, nicht mehr hebenden Arbeitsweise. Das Dekret stellt gleichzeitig gewisse Grundnormen für diese neue Arbeitsteilung auf. Es bestimmt: 1. daß diejenigen Institutionen, welche zu den neuen fünfjährigen Arbeitswochen übergehen, die tägliche Arbeitszeit von sechs auf sieben Stunden zu erhöhen haben. 2. wird die Zahl der Erholungstage für die einzelne Arbeitskraft auf 72 im Jahre festgesetzt. Endlich wird bestimmt, daß die allwöchentliche Erholungspause im Durchschnitt 39 Stunden betragen soll. Ein abschreckendes Beispiel für die unangünstigen Folgen der defektieren Reform liegt aus dem Leningrader Baugewerbe vor, wo die Einführung der neuen Arbeitsweise bereits vor zwei Monaten erfolgte. Der Leningrader Reichsratler des „Trud“ berichtet darüber in der Nummer vom 22. August dieser gewiß unverdächtige Zeitung folgendes: „Der Versuch, die ununterbrochene Arbeitsweise im Baugewerbe durchzuführen, ist nicht geglückt. Nachdem es den Gewerkschaftsorganisationen gelungen war, den Widerstand eines bedeutenden Teiles der

Saisonarbeiter zu überwinden und sie sich schließlich bereit fanden, die ununterbrochene Arbeitsweise einzuführen, mußte doch sehr bald auf diesen Plan verzichtet werden. Die Arbeit im Baugewerbe drängte und Arbeitskräfte fehlten. Der Arbeitsnachweis konnte den Anforderungen der Bauunternehmungen nicht gerecht werden. Die Durchführung der Bauarbeiten blieb hinter den festgesetzten Arbeitsplänen zurück. Die Leitung der Bauunternehmungen entschloß sich, statt der organisierten ununterbrochenen Arbeitsweise den zehntägigen Arbeitstag einzuführen und an Sonn- und Feiertagen mit voller Belegschaft bei Überstundenbezahlung arbeiten zu lassen. Der Mangel an Arbeitskräften im Baugewerbe hat die ununterbrochene Arbeitsweise zum Scheitern gebracht.“

Die Mittelständler fordern Mietzwangswirtschaft. Von den Mittelständlern, in erster Linie von den Haus- und Grundbesitzern, wird ein heftiger Kampf gegen die noch bestehende Wohnungswirtschaft geführt. Diese seien unverändert und die Einzelhändler. Beide Gruppen bilden gemeinsam die Gefolgschaft der deutschen Wirtschaftspartei. Auf das Drängen dieser Partei ist die Mietzwangswirtschaft für Geschäftsräume aufgehoben worden. Dies scheint einem großen Teil der Ladenmieter schlecht bekommen zu sein. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat an die Reichsregierung einen Gesuchentwurf gerichtet, der sich „Der Schutz des Ladenmieters im bürgerlichen Recht“ betitelt. Hier wird gefordert, daß das Bürgerliche Gesetzbuch durch Zufußbestimmungen nach der Richtung des Gesuchentwurfs geändert werden soll. Namentlich soll die Kündigung von Ladenmietern sehr erschwert und der Mietwucher unterbunden werden. Man ist in der Öffentlichkeit Gegner der Wohnungswirtschaft. Hinten herum wird aber versucht, ein Mietzwangsgesetz sogar in das BGB. hineinzuarbeiten. Den reaktionären Parteien würden die Augen übergehen, wenn einmal die Wohnungswirtschaft aufgehoben würde.

Fördert die Konsumgenossenschaftliche Bewegung! Die Konsumgenossenschaften sind ihrem Charakter nach politisch und religiös neutral. Der Sinn der Genossenschaft ist die gemeinsame Arbeit aller derer, die sich zum gemeinsamen Ziel bekennen. Gerade die strikte Innhaltung dieses Grundgesetzes macht die Stärke der Genossenschaft aus. Es kann sich immer nur darum handeln, irgendeinen bzw. bestimmten, gemeinsamen Tatwille vieler Menschen organisatorisch zusammenzufassen. Der in Konsumgenossenschaften aufgefangene Tatwille vieler Verbraucher geht dahin, sich von der Abhängigkeit vom Kapitalismus freizumachen. Daß das nur in mühevoller und beharrlicher Arbeit und nur im Rahmen gewisser Grenzen geschehen kann, die der Genossenschaft gesetzt sind, ist selbstverständlich. Gemeinwirtschaft heißt nicht, alle in falscher Richtung wirkenden Kräfte totmachen, sondern sie in richtige Bahnen lenken. Die Wirksamkeit der Konsumgenossenschaften ist praktischer Sozialismus, also Gemeinwirtschaft. Das ist aber etwas anderes als Parteipolitik. Die genossenschaftliche Verbraucherbewegung ist durchaus gemeinnützig und schadet allenfalls nur den Schädlingen einer gemeinnütigen Bedarfswirtschaft. Niemals aber kann und darf die Genossenschaft einer politischen Partei untergeordnet oder beigeordnet werden, geschweige, sich in den Dienst einer Partei stellen. Das Interesse an einer zweckmäßigen, vorteilhaften Bedürfnisdeckung, wie sie die Konsumgenossenschaft bietet, sollte ein jeder haben, der seine Lebenshaltung verbessern will. Ein Genossenschaftler, mag er politisch und religiös denken und empfinden, was und wie er will, handelt in keinem Fall durch seine genossenschaftliche Betätigung gegen seine eignen Interessen. Gleichzeitig aber wirkt er im Interesse des Gesamtwohles.

Gestorben

- In **Wormen** am 10. September der Maschinenfabrikant **W. B. v. d. H.** im 71. Jahre alt.
- In **Hildesheim** am 21. September der **Waldhüter** **W. B. v. d. H.** im 49. Jahre alt. (Gelehrter).
- In **Duisburg** am 11. September der **Seber** **W. B. v. d. H.** im 62. Jahre alt. — **Beigeamtsschreiber.**
- In **Erfurt** am 22. September der **Seber** **W. B. v. d. H.** im 61. Jahre alt.
- In **Frankfurt a. M.** am 18. September der **Seber** **W. B. v. d. H.** im 61. Jahre alt.
- In **Magdeburg** am 14. September der **Buchdrucker** **W. B. v. d. H.** im 61. Jahre alt.
- In **Nürnberg** am 18. September der **Steinmetz** **W. B. v. d. H.** im 80. Jahre alt.
- In **Hildesheim** am 20. September der **Drucker** **W. B. v. d. H.** im 70. Jahre alt.
- In **Wülfrathen** i. T. am 21. September der **Invalid** **W. B. v. d. H.** im 70. Jahre alt. — **Gelehrter.**
- In **Neumarkt (Dob.)** am 18. September der **Waldhüter** **W. B. v. d. H.** im 70. Jahre alt.
- In **Hofen** am 14. September der **Buchdrucker** **W. B. v. d. H.** im 70. Jahre alt.
- In **Hildesheim** a. M. am 18. September der **Steinmetz** **W. B. v. d. H.** im 70. Jahre alt.
- In **Seiler** am 10. September der **Steinmetz** **W. B. v. d. H.** im 70. Jahre alt.

Briefkasten

W. B. in Br.: Die Abhandlung „Neuere gewerkschaftliche Literatur“ der hiesigen Buchdruckerei- und Schriftsetzer-Gewerkschaft in dem hiesigen Jahrbuch der Nr. 5 von 1928 war für Ihre Anfrage ebenfalls eine ausserordentliche Antwort. Wir folgen dem aber, und das mit annehmlicher Orientierung, folgendes hinzu: Der für 1927 auf diesem Gebiete letztmalig gegebene Jahrbuch (Nr. 4 und 5 von 1926) hat sich für 1928 noch nicht ergänzen lassen. Es wird dafür 1929 gleich an einem zweifelhafte Heft erscheinen. Für Ihren Zweck empfiehlt sich ohne weiteres der Nr. 5 (1928) angelegene und auch im allgemeinen befriedigende, das Erhalten ihrer Beschäftigt sofort im Augenblicke der „Ber.“ oder im Verbleiben mit Recht und Brauchweise bekannt zu geben. Interessent werden hierzu aufmerksam gemacht. Die von der Redaktion bei den Jubiläumsgeschichten der „Ber.“ und der sonstigen folgenden Vereine vorgenommene Rationalisierung der Verwechslung hat sich durchaus bewährt: sie verbleibt in dem Namen und dem Inhalt der „Ber.“, wobei die Verwechslung der „Ber.“ und der „Ber.“ gleich einer früheren Zahl mehr Gelegenheit zu fördern Anstrengungen als bei Einzelbeschreibungen. Das Niveau der Jubiläumsgeschichten hat sich bei dieser Handhabung entschieden gehoben, was von besonderem Wert ist. — G. B. in Br.: Die Frage, was von Ihren Zweck nicht erfüllt werden soll, in anderer Weise angefaßt werden. Wenn schon in Sprachen darüber in kleineren Kreisen keine Übereinstimmung brachten, wird eine solche durch öffentliche Erörterung, zumal noch in der

von Jönen gewöhnten und eigenartigen Form, noch viel weniger erzielt werden Aufnahme kann daher nicht angesetzt werden.

Gen. Köcher, Der Buchdrucker Kurt Binkler, Aufsicht Berlin O 27, bei Frau Gense, Markstraße 62, wohnhaft, wolle alsbald seine neue Adresse an unser Büro in Breslau, War-gartenstraße 17, angeben.

Heist Debus. Das Blatt für die Durchreisenden wird vom 29. September ab für den Bezirk nur noch in Potsdam, Drucker, „Volkswort“, Hermannstraße 7, ausbezahlt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3145, Hauptkonto: Bank der Arbeiter, Postfachkonto Berlin Nr. 1028 87 (B. S. Eduardstr.).

Adressenveränderungen. Dören i. Hild. (Druckervereinig.) Vorsitzender: Viktor Gollig, Schüllerstraße 20.

Berlin. Der aus der Reise befindliche Kollege Erich Schmidt aus Leipzig (Verbandsnummer 141 798) hat hier von zwei reisenden Kollegen je 2 Mark erhalten, da er sich angeblich in Berlin befand.

Verweigerung der vorgeschriebten erst nach Geschäftsabschluss 16 Uhr am Abend 1 Uhr ankunfts kommen oder Sonntag gefahrt werden müssen, sind anzuweisen für Krauß: Bergmann 8142 Radstr. für Schweini: Bergmann 8143 Radstr.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Hauptverwaltung. Wir bitten unsere Funktionäre um Angabe des letzten Aufenthalts bzw. der nächsten Adresse des Kollegen Dito Döbele (Seber), Hauptbuchnummer 26 898.

Berlin. Der aus der Reise befindliche Kollege Erich Schmidt aus Leipzig (Verbandsnummer 141 798) hat hier von zwei reisenden Kollegen je 2 Mark erhalten, da er sich angeblich in Berlin befand.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengespaltene Millimeterhöhe für Stellen-, Anzeigenpreise und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereinen, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 30 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Verlin. Der aus der Reise befindliche Kollege Erich Schmidt aus Leipzig (Verbandsnummer 141 798) hat hier von zwei reisenden Kollegen je 2 Mark erhalten, da er sich angeblich in Berlin befand.

Berlin. Der aus der Reise befindliche Kollege Erich Schmidt aus Leipzig (Verbandsnummer 141 798) hat hier von zwei reisenden Kollegen je 2 Mark erhalten, da er sich angeblich in Berlin befand.

60 Jahre Mitgliedschaft Meissen. Sonntag, 29. Oktober, im GutsMuths-Haus, Hamburger Hof (Kleiner Saal). Morgensfeier, Abendsfeier.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgabe für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Trotz Arbeitslosigkeit schnell eine gute Stellung. Als 16jähriger (Volksschüler) hatte ich gerade die erste Hälfte Ihres Lehrgangs durchgearbeitet, als ich meine Stellung aufgeben mußte.

Züchtiger Monotypgießer erste Kraft, sofort nach Leipzig in Dauerleistung gesucht. Offerten unter Nr. 458 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Leipziger Maschinenleber-Bereinigungs-Kommission. 30. Stiftungsfest im großen Saal des „Volkshauses“, Deiler Str. 32.

Typographische Schriftsetzer. Junger, strebsamer Schriftsetzer ausgebildet im Angeleren, Klüben- und Werkfach, sucht sich baldigst zu verändern.

Maschinenlebervereinigung Rheinland-Westfalens (Sitz Köln). Außerordentliche Hauptversammlung am Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in Bielefeld.

Schriftsetzer. 20 1/2 Jahre alt, bewandert in allen Gattungen, mit der neuen Typographie vertraut, gut in Handschrift und im Umbruch der Zeitung.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. 11. Aufl., von J. B. Ebel, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuesten Buchdruckprestariffs.

Typographische Schriftsetzer. U-B, verheiratet, in ungekündigter Stellung, möchte sich sofort oder später umhänigbar verändern.

75% Ohne Anzahlung. Fordern Sie sofort gratis unsern Prachtkatalog 23 40 herrliche Modelle nach neuesten Erfindungen.

Willinge böhm. Bettfedern. nur reine, gut gewaschene Sorten. Ein Kilo graue geschlossene 3 1/2, halbwellige 4 1/2, weiße 6 1/2, bessere 8 1/2, 9 1/2, 10 1/2, beste Sorte 12 1/2, 14 1/2, welche ungeöffnete 7, 60 1/2, 6, 60 1/2, beste Sorte 11 1/2, Versand portofrei, sofort gegen Nachnahme, Muster frei, Austausch und Rücknahme gestattet.

Alexander Briele. Am 19. September verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Ludwig Wagner.